

Annoncen.
Annahme-Büroaus.
In Berlin außer in der
Kreisstadt dieser Zeitung
Wittenberg, 10. J.
bei G. H. Ulrich & Co.
Braunschweig, 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Strieland,
in Breslau bei Emil Habath.

Posener Zeitung.

Neun und siebzehnter Jahrgang.

Nr. 436.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Sonntag, 25. Juni
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die geschwungene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Annoncen.
Annahme-Büroaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Hanke & Co.
Haasestein & Vogler,
Adolph Moos.
In Berlin, Dresden, Breslau
beim „Invalidenhaus“

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß biesige Leser für dieses Blatt (1 Thlr. 15 Sgr.) 4½ Mrk., auswärtige aber (1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pfsg.) 5 Mrk. 45 Pfsg. als vierteljährliche Prämierung zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich dreimal erscheinende Zeitung durch alle Postämter des Deutschen Reiches zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des biesigen gebrachten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmsplatz Nr. 9. Victor Giernat, Wilhelmsplatz Nr. 6.

A. Classen vormals E. Maiale, Friedrichs- und Krug & Fabriktus, Breitauerstraße Nr. 11.

Lindenstr.-Ecke 19. Adolph Lutz, Gr. Gerberstr. Nr. 10.

M. Gräzer, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke.

H. Knaster, Ecke der Schützenstraße.

Wittwe Maiwald, St. Adalbert.

Frenzel & Comp., Markt 56.

Dr. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.

Prämierung auf unsere Zeitung pro III. Quartal 1876 annehmen, und wie wir, die Zeitung Morgens 7 Uhr, Vormittag 11½ Uhr, am Nachmittage um 6 Uhr ausgeben.

Posen, im Juni 1876.

Amtliches.

Berlin, 23. Juni. Der König hat dem Ober-Stabsarzt I. Kl. a. Dr. Neuber, bisher Regimentsarzt des 5. Bad. Inf.-Reg. Nr. 113, den I. Kr. - Ord. 3. Kl. verliehen, die Kreisrichter Melchers in Sigmaringen, Schelle in Olpe, Koeppel in Brilon, Wiesner in Bursbach, Fechner in Broich, Lind in Lügde, Schmidt in Esen, Braud in Unna, von Detten in Hamm, Bichmann in Hagen, Knappmeyer in Bokolt, Schweling in Delde, Kayser in Borten, Naendrup in Salzkotten, Burger in Herford, Becker in Lübbecke, Theobald in Werl, Strauß und von Mittelstaedt in Altenkirchen, Etienne in Rotenburg, Going in Nienburg, Grau in Rotenburg, Neimerdes, Dr. Schellmann und Volz in Cassel, Mahlstädt und Wittrock in Schleswig u. Travers in Altona zu Kreisger.-Räthen.

Die Oberger.-Assess. Schrader in Stade, Meyer in Celle, Preuß in Verden, Hagemann in Hannover, von Versebe in Stade, Bunsen in Hannover, Peter in Göttingen, Dr. Rothe in Aurich, Wedefind in Hameln und Schmidt in Stade zu Oberger.-Räthen.

Die Amtsrichter Scheffer in Bederhagen, Ewald in Birkenfeld, Almenburg in Nienhagen, Giller in Orb, Lind in Steinbach-Hallenberg, Theis in Bochum, Heinemann in Montabaur, Koellner in Iburg, Mehlig in Einbeck, Erdmann in Herzberg, Bening in Bökenem, Crünen in Meineren, Lauenstein in Wilhelmshaven, von Wehr in Burenbüde, Stelling in Rotenburg und Hellborn in Sonderburg zu Ober-Amtsrichtern.

Die Landger.-Assess. Genius in Köln, Schmitz in Düsseldorf, Frhr. von Winklerrode in Elberfeld, Pape in Düsseldorf, Driude in Köln und Dr. Frhr. von Thermann in Trier zu Landger.-Räthen, und die Friedensrichter Albert in Kirn, Ley in Gummersbach und de Fries in Lohberich zu Justiz-Räthen ernannt.

Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reiches die von dem Bischof zu Straßburg i. E. vorgenommene Ernennung des Hülfs-pfarrers Josef Schaumann in Jenheim zum Pfarrer an der Kirche St. Johann zu Straßburg i. E. genehmigt.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Manns bei dem Kreisger. in Beuthen O./Schl. und der Ger.-Ass. Möller bei dem Kreisger. in Straßburg in Westpr. Zu Amtsrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Kriegel bei dem Amtsger. in Beine, der Ger.-Ass. Wahrenburg bei dem Amtsger. in Stichhausen, der Ger.-Ass. Gerike bei dem Amtsger. in Fürstenau, der Ger.-Ass. von Halem bei dem Amtsger. in Meineren, der Ger.-Ass. von Einem bei dem Amtsger. in Böden, der Ger.-Ass. Kempe bei dem Amtsger. in Osten und der Ger.-Ass. Steyerthal bei dem Amtsger. in Lehe. Dem Staatsanwaltsgehilfen Kunad in Angerburg ist der Charakter als Staatsanwalt verliehen. Der Amtsrichter Thöl in Lehe ist zum Oberger.-Ass. ernannt und mit den Geschäften eines Substituten des Kronanwalts bei dem Oberger. in Osnabrück beauftragt. Der Ger.-Ass. Dr. Daude ist zum Staatsanwaltsgehilfen bei der Ober-Staatsanwaltschaft in Marienwerder und der Ger.-Ass. Hassenpflug zum Staatsanwaltsgehilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisger. in Beuthen O./Schl. ernannt. Der Staatsanwalt und Notar Kreis zu Lande ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. zu Sorau N.-L. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sommerfeld verliehen worden.

Dem Rektor der städtischen höheren Töchterschule auf der Taschenstraße in Breslau, Dr. Gleim, und dem Rektor der städtischen höheren Töchterschule am Ritterplatz dafelbst, Dr. Luchs ist der Titel „Direktor“ verliehen.

Streitschriften gegen die liberale Partei.

III.

Die „konervative Position“ des Herrn Philipp v. Nathusius-Ludom^{*)} verlangt vor allen anderen Dingen Beendigung des Kulturmäßiges, um im Abgeordnetenhaus eine „sichere Majorität für konervative Politik“ zu erhalten. In welcher Weise der Friedensschluß bewirkt werden soll, hat der Verfasser trotz seines Positivismus anzugeben vergessen. Denn die Beseitigung der Maigesetze, welche er verlangt, kann doch nicht die Folge, sondern müßte die erste Voraussetzung des Waffenstillstands sein. Die Konservativen hätten vor Allem eine Majorität zu schaffen, um die Maigesetze aufzuheben. Erst muß die Henne da sein, welche das Ei legt, bevor es ein Kolibri auf die Spitze stellen kann.

Doch nehmen wir an, daß durch ein Wunder oder durch einen Kompromiß zwischen den Kreuzzeitungsrittern und den Jesuiten ein Waffenstillstand erzielt würde, innerhalb dessen es möglich wäre, jene „sichere“ Kameramehrheit zu gewinnen. Was dann? Betrachten wir einmal den Plan, nach welchem der Verfasser den Staat umbauen will.

Buerst also Aufhebung der Maigesetze. Das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche soll durch ein organisches Staatsgesetz geregelt werden, welches die Freiheit — der Hierarchie garantiert. In gleicher Weise wird die Synodalordnung für die evangelische Kirche durch eine gott-wohlgefälligere ersetzt. Ein drittes organisches

^{*)} Vgl. seine Broschüre „Konervative Position“. Berlin, 1876. Buttkammer und Mühlbrecht.

Gesetz regelt die Verhältnisse der Dissidenten. Natürlich hätte nach allen diesen Gesetzen die Laiengemeinde nichts mitzusprechen in kirchlichen Angelegenheiten. Außerdem würde aber die geistliche Gewalt auch auf die bürgerlichen Gebiete ausgedehnt. Zwar will er die Zivilie nicht gänzlich, aber ihre „obligatorische Form“ aufheben, ebenso vernichtet er die Simultanschule nicht fogleich, sondern unterbindet nur ihre Lebenskraft, und die weltliche Schulaufsicht läßt er auch noch bestehen, aber wünscht ihre Wirksamkeit auf Null herabzu drücken.

Erst nachdem der Programmatiker Kirche und Schule „geordnet“ hat, denkt er an die konservative Neorganisation des Staates. Immer gemäßigt reaktionär strebt er nicht die alten Stände wieder vollkommen herzustellen, sondern nur „gewisse ständische Garantien für die Teilnahme der konservativen Elemente des Landes an der weiteren politischen (Rück-)Entwicklung“ zu schaffen. Wie dies gemacht werden soll, ist dem Herrn Verfasser selbst nicht ganz klar, nur erfahren wir, daß es „vor Allem hier auf eine Sicherstellung des Herrenhauses vor etwaigen künftigen ministeriellen Vergewaltigungsvorläufen“ ankäme. Positiv ausgedrückt, Herr v. Nathusius verlangt Einrichtungen, welche den Pairschub ein für alle Mal unmöglich machen.

„Im Großen und Ganzen“ hält sich der Verfasser und seine Gefährten gegen „aus praktischen Gründen“ auf den Boden der neuen Verwaltungsgesetze, stellen aber „mit gesetzlichen Bestimmungen da einzutreten suchen, wo Keime zu neuen konservativen Bildungen gelegt werden können.“ Indem (VIII.) Leitartikel, welcher diese Frage behandelt, erwähnt Herr v. Nathusius-Ludom auch seine Heimatprovinz, indem er sagt:

„Ob das so überaus konservative und werthvolle Verhältnis des Erbjuden dort, wo Gemeinde und Besitzer des früheren Schulzengutes damit einverstanden sind und die ganzen lokalen Verhältnisse auf die Naturgemäßheit derselben hinweisen, wieder herzustellen wäre, müßte ernstlich in das Auge gefaßt werden. Auf keinen Fall dürfte ein weiteres Aufgeben dieses Instituts, z. B. im Polenischen erfolgen.“

Im 9. Abschnitt sagt sich der konservative Wortführer vom Polizei- und Polizeiwillkür zu befürchten wäre, nur zu fordern bestrebt sein und würde der Staatsanwalt eine unabhängige Stellung unter den Gerichten anstatt unter dem Justizminister anweisen.“ Herr v. Nathusius verlangt sogar, daß „die Artikel der Verfassungsurkunde, welche die Pres- und Vereinsfreiheit garantieren, die Unverletzlichkeit des Hauses aussprechen, den ordentlichen Gerichtsstand, die sogenannte (I) Gewissensfreiheit, die Freiheit der Wissenschaft u. s. w. feststellen, nicht nur formell aufrecht erhalten, sondern auch in allen betreffenden Fällen der Gesetzgebung und Verwaltung streng befolgt werden.“

Dagegen meint der Vertheidiger des christlich-germanischen Staates, daß „obrigkeitliche Rechte und Stellungen nur von Mitgliedern christlicher Konfessionen eingenommen werden können.“

Wir wollen gern anerkennen, daß der Politiker der „Kreuzzeitung“ wenn auch meist nur „aus praktischen Gründen“ d. h. wohl, weil es vor der Hand nicht anders geht, den Zeitherrschaften Rechnung trägt. Wir erkennen auch an, daß er seine politischen Ideale (obwohl sie nie wieder in die Wirklichkeit unseres modernen Staatslebens sich werden einführen lassen) nicht in der Aera des absoluten Polizeistaates sondern in den besseren Zeiten des ständischen Gemeinlebens sucht. Aber eben wegen dieser Zugeständnisse glauben wir, daß Herr von Nathusius für seine „Position“ bei den Konservativen nicht überall Deckung finden wird. Die bürokratischen Reaktionäre werden damit ebenso wenig einverstanden sein wie das orthodoxe Pastorenthum, welches seine Konzessionen an den Geistgeist als Halbheiten verdammten wird. Wenn Herr von Nathusius jemals in die Lage kommen könnte, sein kleines Häuflein aus der Negation in die Position überzuführen, würde er bei vielen prinzipiellen Kämpfen das Schicksal des verlassenen Postens erleben.

Noch weniger ist sein wirtschaftliches Programm geeignet, die Konservativen zu einer geschlossenen Phalanx in der Position zu machen. Denn seine Forderungen hängen nur wenig oder gar nicht mit den konservativen Prinzipien zusammen. Seine Abneigung gegen die heutige Wirtschaftspolitik theilen allerdings alle die reaktionären Herren, er würde dabei auch noch andere Unzufriedene anlocken können, welche keine Standesherren sind, und deshalb ist es in seiner Stellung auch ganz praktisch, wenn er meint, daß die Konservativen ihre Wahl-Parolen in „erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete“ finden müßten, doch die Unzufriedenheit mit dem bestehenden garantiert keine Übereinstimmung für das Schaffende.

Wenn das Programm des Herrn v. Nathusius uns nicht geeignet

Bruno Ratt, vormals M. C. Hoffmann, Alten Markt und Neuestr.-Ecke. Wittwe E. Breyt, Wronkerstr. Nr. 13. Oswald Schäpe, St. Martin Nr. 23. Ed. Federt jun., Berliner- und Mühlenstr.-Ecke 18b. Kodorzyński, Wallstraße 86. Ad. Gumnior, Mühlen- und St. Martinstr.-Ecke. Isidor Busch, Sapientiastr. Nr. 2. erscheint, die Kreuzzeitungsfreunde fest zu verbinden, so dunkt es uns noch unsicherer, eine feste Alliance mit den Ultramontanen zu schaffen. Die Unterdrückung aller Freiheit in Schule und Kirche, die Bevorrechtung des Klerus und die Unbeschränktheit der Hierarchie würden die Anhänger des unfeschbaren Papstes allerdings gern hinnehmen, aber was kümmern sie sich um die ständischen Träumereien des Hrn. v. Nathusius, was sind ihnen seine wirtschaftlichen Ideale; und wie sollen sie „die sogenannte Gewissensfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft“ garantiren, ohne mit dem Syllabus in Konflikt zu kommen?

Die seltsamste Illusion des Autors des konserv. Programms besteht aber darin, daß er verlangt, die Ultramontanen sollen die Führerschaft der preußischen Kreuzzeitungsmänner anerkennen. Diese Forderung zeigt noch eine achtungswerte Spur evangelischer Selbstständigkeit gegen die päpstliche Partei, aber es ist eine merkwürdige Verkennung des Ultramontanismus zu glauben, daß eine Partei, welche ihre Motive aus dem Interesse der römischen Kirche erhält, sich leiten lassen würde von einer evangelischen Adelskarikatur, es ist eine Misskennung aller politischen Kraftgesetze, zu hoffen, daß jene festgeschlossene, kräftige Phalanx der Nördlinge den wenig zahlreichen innerlich zerfahrenen Kreuzzeitungsherren unbedingte Heeresfolge leisten würde. Umgekehrt könnte es eher gehen. Wo bliebe dann aber die „sichere Majorität für konservative Politik“ in der Position, wie sie der Verfasser zeichnet.

Die negative Stellung der Kreuzzeitungspartei hat schon zur Genüge dargeboten, daß die Partei nie mehr die Kraft gewinnen wird, das Rad der Staaten zu ergreifen, aber noch mehr beweist dies nach unserem bescheidenen Dafürhalten die „konervative Position“ des Herrn von Nathusius.

Dentschland.

△ Berlin, 23. Juni. Die Mitteilung, daß die Regierung bereits den Schluß des Landtages für den 28. in Aussicht genommen habe, ist irrtümlich. Es wird darüber nicht eher ein Beschuß gefasst werden, als bis sich das weitere Schicksal der Hauptvorlage übersehen läßt. Auch die vorläufigen parlamentarischen Berechnungen dürfen den 28. als Schlußtermin wohl nur unter der Voraussetzung des Mislingens der Vereinbarung in Aussicht nehmen, doch wird diese pessimistische Voraussetzung von der Regierung auch jetzt nicht getheilt.* — In Betreff der Ruhmeshalle hat das Kriegsministerium zwar der Kommission des Abgeordnetenhauses die gewünschte Auskunft ertheilt, doch besteht eine stillschweigende Übereinstimmung darüber, die Sache in der gegenwärtigen Session auf sich beruhen zu lassen. — Dem Regierungs-Präsidenten Rothe in Merseburg ist der erbetene Abschied bewilligt worden. Derselbe war früher im Finanz-Ministerium und vor seiner Berufung nach Merseburg an der Regierung zu Marienwerder und wurde als eine bedeutende Kraft der Verwaltung geschäftigt. Eine Zeit lang nahm er auch am parlamentarischen Leben als Mitglied des Abgeordnetenhauses Theil. In Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste ist ihm mit dem Abschied der Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädikat Exzellenz verliehen worden.

△ Berlin, 23. Juni. Es scheint beinahe, als ob das Abgeordnetenhaus in seinen letzten Lebenstagen ein wenig mehr Widerstandskraft gegen unberechtigte Zumuthungen entwickeln wollte, als vordem. Ein zu beachendes Zeichen der Zeit ist der Appell Laskers in der „BAC-Korrespondenz“, daß dieses Mal die liberale Partei (soll wohl heißen: nationalliberale Partei) feste Position fassen und nicht zu beschließen sich drängen lasse, welche allein durch die äußeren Verhältnisse und die Eile des letzten Augenblicks eingegeben sind.“ In Bezug auf das Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst wurde der Versuch im Abgeordnetenhaus, in Betreff der Befähigung zum Landratsamt die früheren ohnehin sehr mäßigen Beschlüsse rückgängig zu machen, abgeschlagen, wie wohl sich Windthorst (Meppen) an dem Versuch beteiligte. Nicht zum ersten Male in inneren Verwaltungsfragen bemerkte man, wie die bürgerlichen Klerikalen aus den westlichsten Provinzen von ihrem Führer abschwanken. — Die Ruhmeshalle, dieses politisch wie ästhetisch ungünstliche Projekt des Hofrats Schneider (des bekannten früheren Schauspielers, zeitigen Vorlesers des Königs) gilt als aufgegeben, auch in höheren Kreisen. Auch der Versuch, noch in letzter

* Die „Deutschen Nachr.“ versichern wiederholte, daß die Session am 28. d. geschlossen wird. Heute (23. d.) habe ein Ministerrat stattgefunden, in welchem die Frage des Landtagschlußes definitiv in diesem Sinne entschieden worden sei.

Stunde die Staatsfinanzen mit der Garantie für die von Haus aus überflüssige Berlin-Dresdener Bahn zu belasten, dürfte scheitern. Bemerkenswerth erscheint allerdings, wie wenig kritisch Herr Camphausen allen Eisenbahnen seines Kollegen Achenbach gegenüber sich jetzt verhält. Herr Camphausen ist allerdings im Amt verblieben, seine Bedeutung innerhalb des Ministeriums aber scheint herabgedrückt mindestens auf die Bedeutung der sog. "kleinen Minister". In den entscheidenden Fragen der Session, in Betreff der Städteordnung und des Kompetenzgesetzes, macht sich ein Einfluss Seitens des Vizepräsidenten des Staatsministeriums nach keiner Richtung bemerkbar. In Bezug auf die Haltung, welche im Abgeordnetenhaus den genannten beiden Gesetzen gegenüber einzunehmen ist, wird heute Abend eine Besprechung zwischen dem an den bisherigen Verhandlungen vorzugsweise beteiligten Mitgliedern der Fortschrittspartei und der nationalliberalen Partei stattfinden. Seitens der Fortschrittspartei wird man es nicht ungern sehen, wenn die nationalliberale Partei, nachdem sie bei der Synodalordnung und der Provinzialordnung weit ab nach Rechts gegangen ist, sich am Schluss der Legislaturperiode über zwei so wichtige Gesetze zu einer gemeinsamen Taktik mit der Fortschrittspartei vereinigt. Ein Zustandekommen des einen wie des anderen Gesetzes wird der Haltung der Regierung und des Herrenhauses gegenüber freilich mit jedem Tage aussichtsloser, ganz abgesehen von den lange Verhandlungen ausschließenden Jahreszeit. In Bezug auf die Städteordnung stellt sich das Herrenhaus ganz auf den Standpunkt seiner Kommission; in Bezug auf den Zensus sind deren Beschlüsse gestern durch ein Amendement Kleist-Reckow (dieser Herr spielt jetzt überhaupt wieder eine Hauptrolle) sogar noch verschlechtert worden. Die Kommissionsarbeiten des Herrenhauses zum Kompetenzgesetz liegen seit gestern auch vor. In Bezug auf die Stellung der mittleren Städte zum Kreisausschuss soll natürlich Alles beim Alten bleiben. Gegen die Entscheidungen des Provinzialrathes kann der Oberpräsident den Minister anrufen, womit dann der Provinzialrat zu einem dem letzteren untergeordneten Behörde herabgedrückt ist. Auch sonst enthalten die Kommissionsbeschlüsse Verschlechterungen, so z. B. in Bezug auf die Entscheidung in Sachen der Bau- und Sanitätspolizei. Die Hauptsache aber bleibt der Widerspruch gegen die Befreiung der Städte von der Aufsicht der Kreisausschüsse. Fordenbeck wollte vorgestern im Herrenhaus weiter als das Abgeordnetenhaus geben und die Städte über 15,000 Einwohner überhaupt aus dem Kreisverbande ausgeschieden sehen. Er knüpfte an die Ablehnung dieses Antrages den Ausspruch, daß nunmehr keines der beiden Gesetze werde zu Stande kommen. — Die Vorlage Berlin-Dresden ist nach der heute erfolgten Überweisung an die Budget-Kommission für diese Session als begraben anzusehen. Man wollte im Abgeordnetenhaus wissen, daß die Vorlage auf der persönlichen Initiative Bismarck's beruhe, der sich die übrigen Minister nur ungern angeschlossen hätten. Es soll ein Schachzug gegen Sachsen sein, der vorläufig also missglückt ist. Für die Vorlage sprach nur ein parlamentarischer Adjutant des Fürsten, Graf Limburg, der Gesandte in Weimar. — Die Städteordnung ist nunmehr als vollkommen aufgegeben anzusehen. — Es zirkulierte heute im Abgeordnetenhaus das Birkular eines Landrats an die übrigen Landräthe, worin über die im Gange befindliche Bildung einer Leibfraktion des Fürsten Bismarck interessante Ausschlüsse enthalten sind. Das Birkular macht großes Aufsehen.*)

*) Das betr. Rundschreiben lautet wörtlich wie folgt:

Königlicher Landrat des Kreises Samter.
Samter, im Juni 1876.

Lediglich die eminente Wichtigkeit, die ich den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstage beilegen zu müssen glaube, und die Besorgniß, mit der ich auf das Resultat derselben hinsichtlich, wahrlich aber nicht die Absicht, mich überheben zu wollen, treibt mich dazu, meine geehrten Herren Kollegen zu bitten, geneigt zu erwägen, ob es sich nicht empfehlen sollte, ihrerseits die Wahlagitation und zwar in Zeiten in die Hand zu nehmen.

Nach meinem Dafürhalten muß mit allen Kräften dahin gewirkt werden, eine möglichst konervative Mehrheit zusammenzubringen, die bereit ist, im Großen und Ganzen die Politik des Fürsten Bismarck zu unterstützen, und auf deren Unterstützung der Fürst rechnen kann. Gelingt das nicht — dann, von zwei Fällen — einer! Entweder Fürst Bismarck wird das bisher von ihm mit mächtiger Hand geleitete Steuer anderen unbekannten und jedenfalls unverprobten Händen überlassen — und man mag über einzelne Akte der Politik des Fürsten Bismarck denken, wie man will, so wird man das doch immer für ein

in seinen Folgen unberechenbar großes Unglück halten müssen — oder der Fürst steht sich gezwungen, seine Stütze in der liberalen Partei zu suchen — wahrlich auch kein angenehmer Gedanke für einen konservativen gesinnten Mann.

Bezüglich des bei der Wahlagituation zu beobachtenden Verfahrens möchte ich mir noch die unmöglichste Bemerkung erlauben, daß meines Erachtens diesmal hauptsächlich die Unterstützung der Politik des Fürsten Bismarck — ohne zu entscheidendes Gewicht auf die konservative Gefinnung des Wahlkandidaten zu legen — als Losungswort auszugeben sein dürfte. Sollte auch ein Abgeordneter mit liberalen Neigung gewählt werden, so ist das, wenn er sich nur verpflichtet, der "Partei Bismarck" — sit venia verbo — beizutreten, wie ich glaube, an und für sich nicht gerade begeistert und zumal dann nicht, wenn der Wahlkandidat etwa Grundbesitzer ist.

v. Knobloch.

Wenn es schon an und für sich keinen erhebenden Eindruck macht, wenn Regierungsbeamte sich in hervorragender Weise am Parteigebiete beteiligen, so ist es doppelt bedauerlich, wenn ein höherer Beamter unserer deutsch-polnischen Provinz zu einer Parteibewegung anregt, welche geeignet ist, unter den Deutschen unserer Provinz die ohnedies nicht leichte Verständigung gegenüber Polen und Ultramontanen noch mehr zu erschweren. Die deutschen Patrioten in den polnisch-deutschen Landesteilen sorgen am Besten für das Staatswohl, wenn sie vor Allem darauf bedacht sind, die Einigkeit unter den deutschen Wählern zu fördern, zum Mindesten aber können wir verlangen, daß sie nichts thun, was die Parteigänger vermehrt; und dies würde jedenfalls die Folge sein, wenn der Plan des Landrats von Samter in den Wahlkreisen unserer Provinz zur Ausführung gelangte. Bisher haben im Großen und Ganzen alle Parteigänger der deutschen Bevölkerung unserer Provinz soviel Entzag geübt, daß sie als erste Forderung die Einigung auf einen deutschen Kandidaten aufstellten. Die Folge davon ist gewesen, daß zumeist Abgeordnete aus den Mittelparteien, welche der Regierung am nächsten stehen und die Politik Bismarck unterstützen, gewählt wurden. An Grundbesitzern fehlt es unter diesen Abgeordneten doch wahrlich nicht. Wie kommt also ein königlicher Landrat dazu, diese Kompromisse zu erschweren? Herr v. Knobloch geht mit einem Beispiel vor, welches nicht nur die Fortschrittmänner und Hochconservativen, sondern alle Liberalen, die noch eine selbstständige Meinung haben und nicht einer Partei beitreten wollen, die statt eines Programms einen Namen aufstellt, herausfordert, nun ebenfalls vor Allem ihren Parteidankpunkt zu wahren und jede Verständigung mit den übrigen Deutschen von der Hand zu weisen — zu Gunsten der polnisch-ultramontanen Liga, die hier geschlossen und wohlorganisiert in den Wahlkampf tritt. Ob dies politisch, ob dies patriotisch ist, überlassen wir den Erwägungen des Landrats von Samter.

— Das Reichsgesundheitsamt wird, wie man hört, in den ersten Tagen des Juli seine Tätigkeit in den dazu gemieteten Büros, Louisenstr. 19, offiziell eröffnen. Die Ernennung der beiden Räthe, eines Mediziners und eines Vertreters der Veterinär-Wissenschaft, ist bereits erfolgt und steht die Veröffentlichung in kürzester Zeit zu erwarten. Die Verzögerung im Beginn der Tätigkeit des neuen Reichsregierung trug nämlich Bedenken, die von dem bulgarischen Kabinett geforderte Beschränkung des Niederlassungsrechts der Juden zu zugestehen. Die österreichisch-ungarische Regierung, deren Staatsangehörige einen sehr bedeutenden Handel mit Rumäniens unterhalten, gewährte in kommersiellem Interesse trotz heftiger Opposition des Reichsraths der rumänischen Regierung das Privileg, die Niederlassung der Juden zu beschränken, um nicht das Zustandekommen der ganzen Konvention noch im letzten Augenblick in Frage zu stellen. Die Reichsregierung, welche keinen so großen Werth auf den Abschluß der Konvention zu legen braucht, da der Handel Deutschlands mit Rumäniens kein bedeutender ist, hält an dem Grundsatz fest, daß die Niederlassung aus rein konfessionellen Bedenken Niemand versagt werden darf. Herr Majorescu hat sich nach Buarest begeben, um seinem Kabinett über den Verlauf der Verhandlungen und die entstandenen Schwierigkeiten persönlich Bericht zu erstatten. Falls es gelingt, die rumänische Regierung zur Aufgabe der Beschränkung des Niederlassungsrechts der Juden zu bewegen, welche auch russischerseits

beanstandet wird, würde die betreffende Klausel auch in der zwischen Österreich-Ungarn und Rumäniens abgeschlossenen Konvention aufgehoben werden.

— Bekanntlich wird am 26. d. M. in Brüssel durch den König der Belgier die unter dem Ehren-Präsidium des Grafen von Flandern stehende Internationale Ausstellung für Gesundheitspflege und Rettungswesen eröffnet werden. Von Seiten des unter dem Protektorat des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen gebildeten deutschen Komites werden sich, wie der "Reichs-Anz." schreibt, da der Vorsitzende des Komites, Wohl. Geh. Rath v. Philipsborn, durch seine amtliche Stellung augenblicklich verhindert ist, Berlin zu verlassen, nunmehr, nach Wahl des Ausschusses, der erste stellvertretende Vorsitzende, hanseatische Minister-Resident Dr. Krüger, ferner der General der Infanterie z. D. von Etzel, der lgl. Württemb. Präf. Dr. v. Steinbeis und der Wohl. Leg.-Rath Reichardt nach Brüssel begeben, um in Gemeinschaft mit den bereits dort anwesenden Geh. Regierungs-Rath Stöckhardt und Geh. Kommerzienrat Günther das deutsche Komitee bei dem Eröffnungsakte und den sich daran schließenden Feierlichkeiten zu vertreten. — Der mit der Ausstellung verbundene Kongress wird am 27. September d. J. eröffnet werden und bis zum 4. Oktober d. J. dauern.

— Im Kultusministerium finden seit einigen Wochen Konferenzen statt, welche sich auf den Entwurf eines Unterrichtsgesetzes beziehen. Wie der "Mat.-B." geschrieben wird, hofft man mit Bestimmtheit, daß die Vorlegung desselben in der nächsten Session des Landtages erfolgen wird. Wie weit es dem Minister Falk gelingen wird, positive Resultate zu erzielen, auf einem Gebiete, auf welchem seit nunmehr 30 Jahren erfolglos experimentiert worden ist, bleibt abzuwarten. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint derselbe zweifellos besser geeignet, diese umfangreiche und schwierige Aufgabe zu lösen, als seine Vorgänger, ganz abgesehen davon, daß sich im Laufe der Zeit das schätzbare Material bis zur möglichsten Vollständigkeit angehäuft haben dürfte. Zu wünschen wäre nur, daß die Grundzüge des Gesetzes und einzelne Fragen von hervorragender Wichtigkeit möglichst bald der öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht würden. Das Letztere gilt namentlich auch in Betreff der Simultanschulen. Die Antwort, welche der Kultusminister in der Sitzung des Herrenhauses am 17. d. Mts. auf die Interpellation des Herrn v. Kleist-Reckow abgab, enthält nur eine Rechtfertigung dessen, was unter seiner Verwaltung betrifft der Errichtung von Simultanschulen geschah, es läßt sich aus derselben aber nicht schließen, wie das Unterrichtsgesetz die Frage der Simultanschule entscheiden wird. In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen wird die Richtigkeit der fürstlich aus Abgeordnetenkreisen rheinischen Blättern zugegangene Mitteilung, der Kultusminister wünsche keine Bestimmung über diese Frage im Schulgesetz, bestritten, denselben vielmehr der Wunsch nach Aufnahme einer Bestimmung ins Unterrichtsgesetz zugeschrieben, wonach die Herstellung der Simultanschulen nicht grundsätzlich abzulehnen und einer dahin ziellenden Organisation, namentlich wo es sich um Gemeindeschulen handelt, nicht entgegenzutreten sei, jedoch die Aufsichtsbehörde von dem gesammten Neorganisationsplan vor der endgültigen Genehmigung genaue Einsicht zu nehmen haben soll. Wie versichert wird, ist noch in neuerer Zeit anläßlich eines Spezialfasses eine Bezirksregierung angewiesen worden, den Ansichten auf Reorganisation des gesammten Volksschulwesens einer Kommune mit dem Ziel, überall Simultanschulen herzustellen, nicht entgegenzutreten.

— Da in Folge des Gesetzes wegen Aufhebung der Klostersteuer noch verschiedene Unterrichtszwecke gewidmete Klosterliche Niederlassungen wegen Mangels an geeignetem Ersatz noch nicht haben geschlossen werden können, so hat der Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten die gesetzlich vorgeschriebene Schließungsfrist zwar verlängert, dabei aber den beteiligten Regierungen ausdrücklich kundgegeben, daß aus dieser Frist nicht etwa auf eine weitere Verlängerung der Wirksamkeit jener Anstalten geschlossen werden dürfe, diese vielmehr unbedingt aufzuhören und die Kinder anderweit untergebracht werden müßten, worauf die Eltern und Pfleger also schon jetzt Bedacht zu nehmen haben.

— Durch Verfügung des General-Postmeisters Dr. Stephan vom 16. d. M. werden die Verkehrsanstalten angewiesen, die durch die Bekanntmachung vom 12. April d. J. zur Einlösung aufgerufenen ½ Groschenstücke der Thalerwährung, die ¼, ½, ⅓ Thalerstücke und alle übrigen, auf nicht mehr als ½ Thaler lautenden Silberscheidemünzen der Thalerwährung, welche bis zum 1. Juni 1876

Interims-Stadttheater.

(Direktion Haack und Remath.)

Am Freitag gingen unter der Regie des Herrn Direktor Haack Suppe's "Flotte Bursche" in Szene. Die Vorstellung war wohlgegangen und abgerundet, die Rollen würdig vertreten. Unter dem Corps der Studenten buntes und lebendiges Treiben, keine stillen Massen im Hintergrunde, die Chöre frisch und das Orchester von der nötigen Verve. Fräulein Ebert als tonangebender Studiosus war frisch und lebhaft in Erscheinung und Spiel, Fräulein Domrowska als Liedchen, romantisch angehaucht, sang ihren Part mit ganzer Wärme und elegischer Stimmung, ihr Verlobter, der Handwerksbursche Anton (Herr Fritz) war das getreue Spiegelbild dieser Gattung. Der Stiefelputzer Fleck war natürlich in Herrn Grosser's Händen gut aufgehoben. Ein wahres Kabinettstück war der Hieronymus Geier, wie ihn Herr Bilzer wiedergab. Wir bedauerten bei nahe, daß Herr Bilzer in der äußeren Maske etwas zu weit gegangen war, diese demonstratio ad oculos wäre bei der prächtigen lebenswahren Auffassung und Durchführung nicht in dem Grade nötig gewesen. Noch ist einer kleinen Rolle zu erwähnen, die mit erquickender Naturneure durchgeführt wurde, wir meinen Herrn Nicola als alten Wirth und Studentenvater. Das Publikum, das sich namentlich zu dieser Operette zahlreicher anstammelte (ein Lustspiel war vorangegangen) begleitete mit wachsendem Beifalle die Leistungen und rief zum Schlüsse die Hauptdarsteller.

— g.

Die Berliner Theaterzustände

gewähren gegenwärtig ein wenig erfreuliches aber charakteristisches Bild. Der Geschmack des großen Publikums verwildert offenbar, anständige Stücke genügen den überreizten Nerven nicht mehr; daher verfallen die Theaterdirektoren auf die sonderbarsten Mittel. "Der geschundene Raubritter" ist zwar im Louisenstädtischen Theater verboten worden, das hindert aber nicht, daß er an andern Bühnen neu eröffnet. "Der Raubritter" wird jeden Abend 8½ Uhr frisch geschunden! — unter diesem Refrain lädt jetzt das Varieté-Theater jeden Tag zum Besuch folgender Vorstellung ein:

"Der geschundene Raubritter,
oder:

Wenn auch vor Angst der Sabel bricht,
Die Jugend unterliegt nicht!

Großes romantisches Rittertrauerspiel mit neuen Dekorationen und

Kostümen in 3 Bildern und einem Prolog.
1. Bild: Der Gattenmord um Mitternacht. 2. Bild: Am
Hungerthurm. 3. Bild: Das Schreckensgericht der
heiligen Behme."

Das Varieté-Theater ist wie das Louisenstädtische ein Rauchtheater — aber auch das Woltersdorff-Theater, das unter der Direktion Thomas einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, wird den "Geschundenen", wie das "Fdb." mittheilt, vom nächsten Sonntag (25.) ab durch seine ersten Kräfte darstellen lassen. Für dieses Theater ist das offenbar ein leichter Versuch, denn die "Post" schreibt:

"Herr Direktor Thomas hat vor einem Paragraphen seiner Kontrakte Gebrauch machend gestern (22. d.) dem ganzen Personal des Woltersdorff-Theaters gefündigt und schließt am 1. Juli das Theater, wie wir hören, vorläufig bis zum Sept. Der betreff. Paragraph lautet: 'Wenn Krieg, politische Unruhen, Epidemien oder andere die öffentliche Wohlfahrt in ähnlicher Weise schädigende Ereignisse die Schließung der Bühne notwendig machen, weil nachweislich die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht mehr hinreichen, kann die Direktion nach vorhergegangener achtjähriger Kündigung den Vertrag lösen. Die Kündigung resp. Entlassung löst den Vertrag jedoch nur dann auf, wenn sie gegen das gesamme Personal in Anwendung gebracht wird.' Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen ist als Grund der Kündigung allgemeine Geschäftsstille anzunehmen, welche auf den Theaterbesuch in erster Linie ihren Einfluß übt."

Ferner soll der "Germ." aufzufolge das Victoria-Theater wegen mangelnden Besuches vom 1. Juli ab auf unbefristete Zeit geschlossen werden! — Dem "Geschundenen" wird übrigens in dem Sommertheater, welches Herr Moore im Thiergarten etabliert hat, erfolgreich Konkurrenz gemacht durch — eine "Siegmaratirte", bei der schließlich nicht ein einziger Blutstropfen sichtbar wird. Das "Wunder über Wunder" (so heißt es laut Ankündigung) entpumpt sich nämlich in einer Alkofatin, die scheinbar in einen "magnetischen Schloß" versenkt, allbekannte Kunststückchen in der Luft macht! Es scheint, daß die gebildeten Klassen heut nichts suchen als — Betäubung, um die Misere der Zeit zu überstehen. Offenlich werden die Menschen besser, wenn die Zeiten sich wieder bessern werden.

* Hirschberg, 20. Juni. Die Arrangements für das den 16. bis 20. I. M. hier stattfindende 1. Schlesische Musikfest nahmen sich immer mehr ihrem Abschluß. Die Zahl der angemeldeten, mitwirkenden Chorkräfte beträgt gegen 460—480. Von den für die 3 ersten Tage fest engagirten Solisten nennen wir die Kammerjägerin, Frau Witt (Sopran) aus Wien, Fräulein Adele Ahmann (Alt) aus Berlin, Kammerjäger Dr. Gung (Tenor) aus Hannover, Müller-Kamberg (Tenor) und Opernsänger Leroy, beide aus Berlin. Das Programm ist in folgender Weise fixirt: 1. Tag: Oratorium "Josua" von Hänel; 2. Tag: Kaisermarsch von R. Wagner, Croika-Symphonie von Beethoven, Ouverture und Szenen (— Duet, Terzett mit Chor, Sextett und Schlusssuite) — aus der Oper "Die Walkensteiner" vom Grafen Hochberg, pseudonym "J. G. Franz"; 3. Tag: Benvenutto Cellini — Ouverture von Berlitz, dritte Leonoren-Ouverture und Quartett aus "Fidelio" von Beethoven, Don Carlos-Ouverture von Deppe, dem Dirigenten des Musikfestes und "Hallelujah" von Hänel; Solo-Vorträge. Für den 4. Tag ist ein Aufzug nach dem Kunstdrama und für den 5. Tag eine Matinee für Kammermusik schlesischer Komponisten in Aufsicht genommen. Unter den am 4. Tage vorgetragenen Kompositionen nennen wir eine Sonate für Pianoforte und Bioline von hiesigen Organisten Niedel, bei welcher der Komponist selbst die Klavierpartie übernommen hat. Das Musikkureau, bei dem die Vorberbereitung von Billets zu bewirken ist, befindet sich im Landratshause. (Schles. Bltg.)

* Ans Thüringen schreibt man der "B. B.": Bei der Durchreise des Fürsten Bismarck nach Kissingen wurde derselbe auch auf dem Bahnhof eines "paradiesisch angehauchten" Badestädtchens (Salzungen) von den Spitzeln der Bewohner des Ortes entbautlich begrüßt. Einer der begrüßenden Herrn soll den Fürsten gefragt haben, ob denn nur der Friede gefiebert sei, auf welche Frage der Fürst — als ob er dieselbe nicht gehört habe — entgegen gefragt haben soll, wie weit es nach da und dahin sei! — Ein anderer Herr soll den Fürsten gefragt haben, wie ihm das Bier mundet — der Fürst trank nämlich ein Gläschen Bier; der Vereinsbrauerei — worauf derselbe erwidert haben soll, er erinnere sich, während seiner Studentenjahre in Göttingen ein ähnliches Bier getrunken zu haben, welches man "Kaiseler März" genannt habe. Die Herren von der Vereinsbrauerei wissen nun nicht, welches Kompliment der Fürst ihrem Bier gemacht und werden sich vergeblich darüber die Köpfe zerbrechen. — Die Ratsschultheiße der fragenden Herren hat in der Gegend vielen Spaß gemacht.

als gesetzliche Zahlungsmittel galten, noch während der Dauer der Einführungsfest, das ist bis zum 31. August d. J., in Zahlung anzunehmen; die angenommenen Stücke dürfen nicht wieder verausgabt werden, sondern sind, gleich den von den Landeskassen &c. überwiesenen Stücken, von Zeit zu Zeit an die Bezirks-Oberpostkassen bez. die Generalpostkasse zu weiteren Veranlassung abzuführen. Mit dem 1. September d. J. hört die Annahme derartiger Münzen bei Einzahlungen des Publikums unbedingt auf.

Auf das Gesuch des Grafen Harry v. Arnim, dessen Angelegenheiten die Presse wieder einmal außergewöhnlich beanspruchen, um Ertheilung freien Geleits wegen der ihm ärztlicherseits zur Lebensbedingung gemachten Kur in Karlsbad ist nunmehr eine definitive Entscheidung Seitens des Urtelssenats des Königlichen Kammergerichts für Staatsverbrechen getroffen worden. Bekanntlich war am Freitag vergangener Woche auf eine Eingabe des Rechtsbeistandes des Grafen Dr. Quenstedt, wegen Zurücknahme des Haftbefehls vom Kammergericht ein vorläufig ablehnender Bescheid ertheilt worden, indem dasselbe die von ausländischen Aerzten beigebrachten Atteste, welche die Kur in Karlsbad als unumgänglich nothwendig für den Grafen erachteten, nicht für maßgebend zu einer Entscheidung preußischer Gerichte erachtete und dem Grafen die Beschaffung eines preußischen Physikat attestes anheimstelle. — Noch an demselben Tage dieser Entscheidung reichte Rechtsanwalt Quenstedt ein in Form eines Briefes gehaltenes Gutachten des hiesigen Gerichtsarztes, Professor Dr. Liman, ein, welcher sich rücksichtlich seiner persönlichen Kenntniß des Krankheitszustandes des Grafen und unter Bezugnahme auf die von den Spezialisten und den anerkannten Autoritäten der Medicin, wie z. B. der DDr. Professor Seegen in Wien und den Hospitalchärfzten Buccchi und Visconti in Mailand geäußerten Gutachten dahin aussprach, daß der Gebrauch der karlsbader Brunnen dem Grafen unumgänglich nothwendig und speziell für sein Leiden das „solamen ultimum“ sei. — Daraufhin ist nun am Mittwoch der erwähnte Urtelssenat für Staatsverbrechen zusammengetreten und hat in einem an den Rechtsanwalt Dr. Quenstedt gerichteten Schreiben folgendermaßen entschieden:

In der bei uns schwedenden Untersuchungssache wider den Grafen Harry v. Arnim wegen Landesverraths &c. gereicht Ihnen auf Ihre Eingabe vom 19. d. M. zum Bescheide, daß zu der von Ihnen beantragten Ertheilung eines freien Geleits für den Grafen v. Arnim auf 14 Tage vom 19. d. M. ab zu einer Reise von Mailand durch Deutschland nach Karlsbad und zu seinem Aufenthalte an letzterem Orte, um dort die Kur zu gebrauchen und zur Erlangung eines Attestes über seinen Gesundheitszustand sich einer gerichtsarztlischen Untersuchung zu unterziehen, diesseits keine Veranlassung vorsteht, da in dieser Untersuchungssache zur Ausführung des erlassenen Haftbefehls bisher keine Maßregeln getroffen sind, welche den Grafen von Arnim an der vorerwähnten Reise und an seinem Aufenthalte in Karlsbad verhindern könnten, insbesondere ein Streckbrief nicht erlassen ist. — In Folge Ihres Antrages sollen jedoch während seiner Reise und des Aufenthalts zu Karlsbad innerhalb der vorberechneten 14 Tage unsererseits auch keine weiteren Schritte geschehen, um den in dieser Untersuchungssache erlassenen Haftbefehl zur Ausführung zu bringen.

Wegen des hinter ihm vom hiesigen Stadtgericht erlassenen Steckbriefes hat Graf Arnim in Oesterreich nichts zu fürchten. Das Vergehen, wegen dessen er hier bestraft worden, bedingt nicht seine Auslieferung.

Die s. B. vielbesprochene Affaire des Pfarrers Hungari in Rödelheim (im Nassauischen) ist nun durch Erkenntniß des Obertribunals entschieden worden. Die „Ob.-Trib.-Corr.“ berichtet darüber in folgender Form:

Ein katholischer Pfarrer war einem Mädchen schon von dessen frühestem Jugend zugethan und bewies dieses Interesse durch eine besondere Sorgfalt, welche er auf Erziehung und Kleidung des Mädchens verwandte. Als sie erwachsen war, äußerte er gegen dieselbe eine erhöhte Zärtlichkeit und beschönigte sie oft und reichlich, so daß in der Gemeinde allmälig der Verdacht Wurzel fasste, daß der Pfarrer eine mehr als väterliche Zuneigung zu dem Mädchen habe. Der Pfarrer sowohl, als auch das Mädchen wurden deshalb von einigen Gemeindeangehörigen mit andauernder Aufmerksamkeit beobachtet. Eines Abends bemerkten einige Kirchenvorsteher, daß der Pfarrer und sodann das Mädchen sich in die Kirche begaben. Als beide sich darin befanden, traten die Beobachter ebenfalls in die Kirche, fanden aber nur den Pfarrer in derselben. Nach genauer Durchsuchung fand man endlich auch das Mädchen versteckt in einem Spind. Die Sache gelangte zur Anzeige bei der gerichtlichen Behörde und die Staatsanwaltschaft klagte hierauf beide Liebenden, trotzdem eine in der Kirche verübte Unzucht weder behauptet noch nachgewiesen werden konnte, wegen unzulässigen Unfugs in der Kirche auf Grund des § 166 des Str.-G.-B. an. Sowohl der erste Richter als auch der zweite erklärten den Pfarrer und das mitbeteiligte Mädchen des ihnen zur Last gelegten Vergehens für schuldig, indem sie erwogen, daß wenn auch unsittliche Handlungen, namentlich im geschlechtlichen Verkehr im Einzelnen nicht nachgewiesen sind, die Betätigung des unsittlichen Liebesverhältnisses in der Kirche durch den Geistlichen wegen der Stellung des Letzteren als Auslöser der Gemeinde und wegen der Heiligkeit des Ortes als bestimmt der Unzug umso mehr anzusehen ist, als, wie die Zeugen befunden, der Glauben und das Gefühl dieser Leute schwer dadurch gefränt worden ist. Das Obertribunal trat auf die Nichtigkeitsbeschwerde der Angeklagten der Auffassung der beiden Vorderrichter bei.

Hinsichtlich der Beteiligung der Staatsbaubeamten an den Geschäftsräumen der provinzialständischen Wegebau-Verwaltung hat jüngst der Handelsminister eine prinzipiell wichtige Entscheidung gefällt, in welcher es heißt: Bei der anderweitigen Abgrenzung und Feststellung der staatlichen Baukreise, die nach der, durch das Dotationsgesetz vom 8. Juli v. J. erfolgten Übertragung der Wegebau-Verwaltung auf die Provinzialverbände stattzufinden haben wird, kann lediglich auf die, für die unmittelbaren Zwecke der Staatsverwaltung verbleibenden Bedürfnisse Rücksicht genommen werden. Wie somit eine Beteiligung der Staatsbaubeamten bei den Geschäften der provinzialständischen Wegebau-Verwaltung unzulässig ist, so wird auch die Postbeamten gegenwärtig widerruflich gestattete Mitwirkung bei dem Neubau oder der Unterhaltung und Beaufsichtigung von Kreis-, Amt-, Gemeinde- und Privat-Chausseen mit dem Zeitpunkte, mit welchem die Staatsbau-Verwaltung von den ihr, nach dem Gesetz einstweilen noch obliegenden Verpflichtungen befreit sein wird, der Regel nach aufhören müssen. Daß bei einer zweckmäßigen Organisation der ständischen Wegebauverwaltung, bei welcher voraussichtlich immer die Verwaltung und Unterhaltung der ehemaligen Staats- wie aller übrigen Chausseen denselben, kreis- oder provinzialständischen Organen übertragen werden wird, die weitere Beteiligung von Staatsbaubeamten in einzelnen Fällen noch erforderlich sein sollte, ist kaum anzunehmen. Eintretendfalls würde aber der Handelsminister, auf besonders begründete Anträge hin, zur Befestigung aller Verlegenheiten eine solche Mithilfeleistung ausnahmsweise für eine kurze Übergangszeit weiter gestatten.

Der hier weilende japanische Prinz Kita-Schiva-Kawa, Onkel des Mikado, welcher nach Erlernung des Dienstes beim Kaiser-Franz-Gardegrenadierregiment, dem er à la suite beigegeben war, die Kriegsschule besuchte, wird demnächst die Generalstabschreie der älteren Offiziere der Akademie unter Leitung des Obersten Kessler mitmachen. Der junge Prinz hat seinen militärischen Studien mit großem Eifer abgelegen.

Breslau, 22. Juni. Die Vertretung der hiesigen Universität im Herrenhause war befannlich seit einer langen Reihe von Jahren dem fürzlich verstorbenen Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. L. Tellkamp übertragen gewesen. Nachdem jetzt eine Neuwahl für den erledigten Posten nötig geworden ist, hat der Senat unserer Hochschule, wie die „Sächs. Ztg.“ vernimmt, den Professor der Geschichte Dr. R. Röppell, welcher befannlich gegenwärtig dem Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Hoyau-Goldberg-Liegnitz angehört, als Vertreter der Universität im Herrenhause ausersehen. Die Berufung des Neugewählten dürfte nach Ablauf der gegenwärtigen Landtagssession erfolgen.

Aus Sachsen, 20. Juni. In der bekannten Angelegenheit wegen polizeilichen Verbots der beabsichtigten Niederlassung des sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Moß, welcher mit dem 18. d. Mts. seine ihm wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung und wegen Beleidigung zuverkommene Strafe im Plötzensee abgebußt hat, hat das Ministerium des Innern auf Moß's Beschwerde defretirt, daß zwar die betreffende polizeiliche Verfügung die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ihre Rechtfertigung finde, daß aber wegen der Unzuträglichkeit, wenn ein Reichstags-Abgeordneter am Aufenthalte in seinem Wahlkreis verhindert sei, von Ausführung der gegen Moß angeordneten Maßregel absehen möge.

Bremen. In der „Weserzeitung“ lesen wir: „Wie man uns schreibt, läßt sich seit einigen Tagen an der ostfrischen Küste wieder eine Flottille von englischen Fischkuttern sehen. Schon auf vier Faden Wassertiefe also in unserem eigenen deutschen Gebiete, werfen sie ihre Netze aus und belästigen dadurch unsere Fischer höchst empfindlich bei ihrem Fang. Sollte es nicht im Interesse unserer deutschen Hochseefischer liegen, diesem Unwesen endlich einmal gründlich zu steuern?“

Meh, 18. Juni. Mit großer Spannung hat man hier der heute Nachmittag von dem seitherigen Angehörigen der Protestpartei, Bezirkstagsmitglied, Fabrikant Sendret, dessen Erklärung über das Aufgeben seiner bisherigen Passivität wir mitgetheilt haben, im Foyer des städtischen Theaters abgehaltenen vorbereitenden Wahlversammlung für die am 23. und 24. d. M. abzuholende Bezirkstagswahl entgegengesehen, zumal es das erste Mal ist, daß in hiesiger Stadt eine von der einheimischen Bevölkerung veranstaltete und besuchte öffentliche Wahlbesprechung abgehalten wurde. Man schreibt darüber der „M. Ztg.“:

Herr Sendret entwickelte in einer längeren, durchweg sachlich gehaltenen Rede die Gründe, warum er von den bei seiner ersten Wahl gegebenen Gründen, sich aller politischen Tätigkeit zu enthalten, abgekommen sei. Inzwischen seien nämlich eine Menge brennender Fragen an die Stadt herangetreten, welche dringender Erledigung bedürfen, um den drohenden finanziellen Ruin aufzuhalten. Erneuerung der auf der Stadt Meh ruhenden Steuerguote, der Kaisersteuer, der Beiträge für Unterhaltung der öffentlichen Straßen sei dringend nothwendig, wenn nicht schon in nächster Zeit eine Erhöhung der Oltröhre und damit eine Preissteigerung der Lebensmittel eintreten solle. Der Ort, Beschwerden wirksam anzubringen, sei der Bezirkstag, und daher habe er sich entschlossen, seine Demission zu nehmen und sich einer Neuwahl zu unterziehen, diesmal mit dem Vorzuge, wirklich an den Verhandlungen der Bezirkstagsversammlung thätigen Anteil zu nehmen. Nachdem Herr Sendret noch das an den Bezirkspresidenten von Lothringen gerichtete Schreiben, in welchem er sein Mandat niederlegt, vorgelesen hatte, stellte der Vorsitzende an die den ganzen Saal füllenden Wähler die Frage, ob sie ihren bisherigen Abgeordneten Herrn Sendret auf Grund seiner Ausführungen ihre Stimme wieder geben wollten. Durch Handaufheben wurde diese Frage einstimmig bejaht. Wie sich die Protestpartei zu der nächsten Sonnabend und Sonntag vorzuhemmenden Wahl verhalten wird, läßt sich noch nicht absehen; bis jetzt hat sie zu Herrn Sendret wenigstens noch nicht öffentlich Stellung genommen.

Italien.

Rom, 21. Juni. Heute empfing der Papst die von dem Baron v. Löö geführte Schaar deutscher Katholiken in feierlicher Audienz. Die von denselben ihm überreichte lateinische Adresse beantwortete er in italienischer Sprache. Zubörder belegte er mit Beispielen der Geschichte, wie bald ein leichter Aufstau, bald ein gewaltiger Sturm die Kirche heimgesucht habe. Das Letztere sei zur Zeit in Deutschland der Fall, wo die frommen Katholiken geschlagen hätten, bis sie durch das Getöse des Sturmes mit Schreden erwacht seien. Danach aber hätten sie geschrien: „Nette uns, Herr!“ und hätten die Nothwendigkeit begriffen, zu wachen und nicht müde zu werden im Kampfe. „Darum“ fährt Pius, wie der „M. Ztg.“ telegraphiert, fort, „seid wachsam und stark, und wenn die Anfechtungen Euch nahe treten, so betet zur Jungfrau Maria, die den höllischen Drachen unter ihren Füßen hält, diesen Drachen, der die Verfolger der Kirche aufsetzt, wenn sie die Bischöfe und Priester verhaftet und verbannen und die Jugend verführen.“ Nachdem der Papst noch das Beispiel des Königs Antiochus angeführt, der ähnliche Dinge begangen habe, versicherte er in energischen Ausdrücken, daß ein entsetzliches Loos diesen Verfolger erwarte, der gar keinen Begriff von der schrecklichen Gefahr zu haben scheine, die es mit sich bringe, wenn man der Kirche zu nahe trete. Der Papst schließt mit der Versicherung, daß er zu Gott um die Beklehrung dieser Verfolger bete. So sollten auch die deutschen Katholiken denken nach dem Worte des Herrn: „Verzeihe ihnen, mein Gott, denn sie wissen nicht, was sie thun.“

Großbritannien und Irland

London, 21. Juni. Wie aus dem eben den Behörden von Trinity House eingereichten Logbuch des Leuchtschiffes „Galloper“ hervorgeht, war das deutsche Panzergeschwader auf seiner Fahrt ins Mittelmeer nahe daran, auf eine der Sandbänke aufzufahren, die nördlich vom Flughafen der Themse liegen und wo der „Deutschland“ im letzten Winter ein so trauriges Ende gefunden hat. Der Maat, welcher auf dem Leuchtschiff das Kommando führt, meldet nämlich, er habe am 25. Mai um drei Uhr Nachmittags bei Nordwind und halber Ebbe vier deutsche Panzerschiffe etwa vier Meilen vom „Galloper“ unter Dampf gesehen. Der zum deutschen Geschwader gehörige Aviso-Dampfer sei kaum eine Drittelmeile von dem Leuchtschiff entfernt in westlicher Richtung gefahren und die Panzerschiffe hätten sich augenscheinlich angeschickt, dem Aviso-Dampfer zu folgen und sich in die Untiefen zu begeben, von denen der „Galloper“ die Schiffe zu warnen hat. Da wurde auf dem Leuchtschiff das Signal „Ihr nähert euch der Gefahr“ aufgeheizt und daraufhin veränderte das Geschwader, das zuerst in westlicher Richtung steuerte, seinen Kurs und fuhr nach Süden hin weiter. Wäre das deutsche Geschwader wirklich in Not gerathen, so wäre, wie die „Times“ meint, bei dem Mangel an telegraphischer Verbindung zwischen dem „Galloper“ und dem Lande die Hilfe viel zu spät gekommen. Aber die Panzerschiffe hätten sich mit ihren schweren Geschützen schon vernehmen lassen können, während die kleine Lärmarikanone des „Deutschland“ von Wind und Wogen übertönt, wenn überhaupt abgefeuert wurde.

Sir Henry Elliot, der englische Botschafter in Konstantinopel, hat für die Höfe, an denen er akkreditirt wird, eine ominöse Be-

deutung. Er war schon bei einer Meute von Entthronungen zugegen so z. B. in Neapel, als Ferdinand seine Koffer packen mußte; er war zufällig in Athen, als König Otto abgegangen wurde; er war zufällig in Madrid, als Isabella sammt Marfori, Pater Claret, der Nonne Patrozinio und anderen Siebenfachen das Weite suchte. Jetzt war er Zeuge des Thronwechsels in Stambul, und wohl nicht ganz unbeteiligter Zeuge.

Von einem der furchtbarsten Ausbrüche von Cholera, die sich je ereignet haben, wird aus dem ostindischen Dorfe Golwood (200 Einwohner, an der Bahn von Bombay nach Baroda gelegen) folgendes gemeldet: Mehr als die Hälfte der Einwohner starb in drei Tagen. Die Krankheit trat am 4. Juni um Mittag auf, und vor Anbruch des nächsten Tages waren 57 Menschen gestorben. Am 8. stoben alle Überlebenden, aber in den nächsten Dörfern wurde ihnen Aufnahme verweigert. Die Seuche wütete mit äußerster Heftigkeit; einige Male trat der Tod nach zwanzig Minuten ein. In diesen Fällen fehlten die gewöhnlichen Anzeichen von Cholera, und der von der Krankheit befallene Körper wurde blauschwarz und sank nach heftigen Krämpfen zusammen. Im Dorfe selbst wohnt kein Arzt, und ärztliche Hilfe trat erst nach Verlauf einiger Zeit ein. Große Vernachlässigung von Gesundheitsmaßregeln ist offenbar Ursache des Ausbruches. Die Leute sollen in ganz unbefriedigtem Schmutz hingelegt haben. Überhaupt aber scheint in diesem Jahre die Cholera sehr stark aufzutreten. Aus verschiedenen Theilen Indiens kommen Nachrichten über Ausbrüche der Seuche, nirgends aber hat sie nur annähernd so furchtbar gewütet, wie zu Golwood.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. Juni. Am 6. Juni (25. Mai alt. St.) wurde der 25. Jahrestag der Ernennung des deutschen Kronprinzen zum Chef des Isgum'schen Husarenregiments Nr. 11 feierlich begangen und hatte sich mit Genehmigung des Kaisers Alexander eine aus dem Regimentskommandeur, einem Stabsoffizier, einem Wachtmeister und einem Gemeinen bestehende Deputation nach Berlin begeben, um dem hohen Chef die Glückwünsche des Regiments zum Jubiläum zu überbringen. Nach dem Gottesdienst am Festtage sandte der interimsistische Kommandeur des Regiments folgendes Glückwunschtelegramm an den Kronprinzen ab:

„Seiner Kaiserlich Königlichen Hoheit dem Kronprinzen des deutschen Reichs und von Preußen. Heute sind gerade 25 Jahre abgelaufen, seit das Isgum'sche Husaren-Regiment Nr. 11 Eurer Kaiserlich Königlichen Hoheit das Glück hat, Sie seinen Chef zu nennen. Anläßlich dieses Tages bringen nach einem feierlichen Gebet für Ihr langes Leben alle anwesenden Chargen des Regiments mit Pokalen und Gläsern in der Hand einen freudigen Toast auf die Gesundheit und das Wohlergehen Eurer Kaiserlich Königlichen Hoheit aus. Oberst Ibrahimo, interimsistischer Kommandeur des Regiments.“

Auf dieses Telegramm erfolgte folgende Antwort: „An den Obersten Ibrahimo, interimsistischer Kommandeur des Isgum'schen Husaren-Regiments Nr. 11. Ich danke Ihnen für den mir im Namen meines Regiments dargebrachten Glückwunsch. Ich bitte, dem Regiment mitzuteilen, daß es mir ein besonders freudiges Bemühtsein ist, schon 25 Jahre an der Spitze des Regiments zu stehen und dadurch der tapferen Armee des durch fortwährende Freundschaft und durch Freundschaft und durch verbündeten großen Kaisers von Russland anzugehören. In Gegenwart Seiner Majestät meines Herrn und Vaters habe ich soeben einen Pokal auf die Gesundheit meines Regiments geleert. Friedrich Wilhelm, Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen.“ Nach den letzten Bestimmungen des vorgestern verstorbenen Herzogs von Mecklenburg-Strelitz findet der Transport der Leiche nach der St. Annen-Kirche ohne militärischen Pomp statt. Freitag wird die Leiche nach dem Warschauer Bahnhof gebracht, wo sie über Berlin nach Mirrow in Mecklenburg in die Gruft der herzoglichen Familie übergeführt wird. Die Großfürstin begiebt sich gleichfalls nach Mirrow. — Wie der „Golos“ hört, wird zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers in Helsingfors die ganze baltische Flotte zum Manövriren daselbst versammelt werden. — In den letzten Wochen haben in Moskau zahlreiche Brände stattgefunden. In der Nacht des 18. Juni zerstörte eine Feuersbrunst über 50 Häuser. Der Verlust ist beträchtlich. — Nachrichten aus dem Kaukasus vom 17. d. melden, daß die Stadt Kadzchory zu dreiviertel von einer Feuerbrunst zerstört worden ist.

Türkei und Donaustürmer.

Über den Fortgang des Reformwerkes in der Türkei verlautet noch immer nichts; überhaupt dringen jetzt wenig sichere Nachrichten von dorther. Während von den meisten Seiten — so auch durch den Mund Disraeli's im englischen Unterhause — die Lage am goldenen Horn als eine sehr friedliche und hoffnungsvolle geschildert wird, bringt der pariser „Figaro“ ein Telegramm vom 22. d. aus Konstantinopel, das ihm von seinem dortigen ziemlich zuverlässigen Korrespondenten zugegangen ist, wonach zahlreiche Offiziere verhaftet worden seien. Die ganze Garnison soll gewechselt werden, andere Truppen wurden telegraphisch beordert. Die Sofata's sind sehr aufgereggt und in Stambul herrscht große Aufregung. Die Minister lassen sich durch ergebene Leute bewachen. Alle Besucher werden streng durchsucht. Ignatjew schickte seine Kinder nach Russland. Die Befürchtungen sind sehr groß. Überhaupt schwintet immer mehr und mehr das Vertrauen auf das glückliche Gelingen der Midhat'schen Reformideen; selbst die „Times“, welche vor einigen Tagen erklärte, daß England das Feld für Midhat Pascha's Experimente frei halten werde, welche sie mit Sympathie, aber nicht mit Hoffnung begleite, motivirt neuerdings die geringe Zuversicht, welche sich bezüglich dieser Experimente hegt. Sie schreibt am Schlusse eines längeren Artikels:

„Können wir uns des Gedankens erwehren, daß Verfassungsprojekte für die Türkei zu machen auf das Seildrehen aus Sand hinausläuft? Midhat Pascha wird es ja versuchen und wir würden es mit Interesse jehen, wenn sein Plan sich ausführbar zeigte — leider fehlen dem Unternehmen die ersten Vorbereidungen. Es ist rein unmöglich, nationale Einrichtungen zu schaffen, wo es an jedem nationalen Geist mangelt, und dieser ist in der Türkei nicht zu finden. Nationalideen finden sich dort, die vielleicht mit vorübergehendem Nutzen verwendet werden könnten; aber keine Idee nationaler Art verbindet die Bewohner des ottomanischen Reiches. Wenn Midhat Pascha alle Vorschläge für Herstellung einer Nationalversammlung, deren Elemente nicht existieren, bei Seite legte und die beschränkte Aufgabe versuchte, die türkische Rasse zu reorganisieren, dann könnte es ihm möglicherweise gelingen, für eine Zeit die Macht dieser militärischen Aristokratie zu erneuern. Er würde die große christliche Menge nicht mit ihren Herren aussöhnen — das wäre nicht länger sein Zweck —, aber er könnte die Autorität dieser Herren kräftigen und deren niedergehende Energie heben, indem er sie direkt an der Regierung des Reiches beteiligte. Soviel können wir noch als möglich betrachten.“

ohne die Maßregel auf ihre Wahrscheinlichkeit zu prüfen oder auf die Frage einzutreten, ob es überhaupt wünschenswert wäre, daß sie ausgeführt würde. Der weitergehende Plan, eine Art von Gemeinschaftsgefühl zwischen Türken und Christen zu schaffen, durch welche das ottomatische Reich in ein konstitutionelles Königreich von Südeuropa umgewandelt würde, scheint uns außerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu liegen.

Inzwischen zeigt sich, daß auch sonst am türkischen Himmel die Wolken sich nicht so schnell zerstreuen, wie man gehofft. Dem "Standard" wird aus Konstantinopel unter dem 17. d. telegraphiert, die türkische Flotte habe Befehl erhalten, in einer wichtigen Expedition nach Kreta abzugehen. Hobart Pascha soll die aus acht Schiffen erster Klasse bestehende Flotte befehligen. Dieselbe soll in etwa einer Woche absegeln. Wenn sich die Meldung bestätigt, so scheint man seitens der neuen Regierung dem Landfrieden auf Kreta nicht allzuviel zu trauen.

Über die Machtverhältnisse Griechenlands verbreitet sich folgende Korrespondenz, welche der "Polit. Kor." aus Athen zugeht:

Griechenland kann, sollte es zu einer Aktion oder auch nur zu einer Demonstration kommen, immerhin, ohne zu außerordentlichen Anstrengungen seine Zuflucht nehmen zu müssen, außer 90.000 Mann Nationalgarde (Männer im Alter von 20—40 Jahren) eine Armee von 30.600 Mann regulärer, wohlgeschulter Truppen in kurzer Frist aufstellen. Der gegenwärtige Präsenzstand beträgt 11.500 Mann, die Reserve umfaßt 4500 Mann. Dazu würde eine Aushebung, da ab 1875 und 1876 die Rekrutierungen unterblieben, mindestens 6000 Mann liefern. Es würde dann nur die Aufrüstung der Mannschaft für 10 Bataillone erfordern, welche jedoch zur Stunde ihre vollen Kadres bereits besitzen. Wäre es bei so bewandten Umständen nicht opportun, wenn auch das übrige Europa, bei seiner sonstigen Fürsorge um die orientalischen Angelegenheiten, unserer berechtigten Erringen mehr Rechnung tragen würde, als es in Wirklichkeit der Fall ist? Anlässlich der Auktion, daß unsere Regierung mit dem Gedanken der Neugründung einer Anleihe im Auslande umgehe, röhren sich unsere alten auswärtigen Gläubiger aus den Jahren 1824 und 1825 wieder sehr lebhaft. Es ist sogar die Hieroburkunft eines Vertreters derselben, eines Herrn Louis Drucker aus Amsterdam, signalisiert, welcher eine Regelung dieser streitigen Angelegenheit unter billigen Bedingungen hier anzustreben will."

Auch in Serbien liegen die Dinge wohl nicht sogar friedlich, zumal die auf ungarischem Gebiet wohnenden serbischen Stammesbrüder mit allen Mitteln der Agitation der Bewegung Vorschub leisten. Aus Süd-Ungarn langen Meldungen ein, daß die dortigen Serben Geld für Serbien sammeln und Werbungen in großem Maßstabe erfolgen. Es dürfte deshalb, meint das "N. W. T.", wahrscheinlich dort der Belagerungszustand angeordnet werden.

Wie der "N. Z." vom 23. aus Wien telegraphiert wird, sind die englischen Einflüsse in lebhafter Thätigkeit, um Serbien von kriegerischen Entwicklungen abzuhalten. Wenn es England gelinge die Pforte zu einer, auch noch so geringen, Gebietsabtretung an Serbien, beispielsweise die Abtretung der Festung Groß-Zwornik zu verhindern, dann sei jede Gefahr eines Ausbruchs der Feindseligkeiten be schworen. Auch ist nach dieser Meldung, so lange die Pforte in dieser Beziehung noch nicht das letzte Wort gesprochen, die Kriegsgefahr keineswegs so drohend, wie einige offiziöse wiener Blätter es darstellen; dagegen scheint es, daß wegen des Zusammensanges, in welchem ungarische Serben mit der Kriegsagitation in Serbien getreten sind, Sicherheitsmaßregeln in einigen ungarischen, von Serben und Kroaten bevölkerten Grenzkomitatzen bevorstehen. Man glaubt, daß die Verhängung des Belagerungszustandes in Aussicht genommen sei.

Dasselbe Blatt zitiert nachstehende, durch die "Ag. gen. Russ." verbreitete Depesche vom 23. d.: "Die Großmächte haben gemäß ihren eigenen ausgemachten Resolutionen, und in Übereinstimmung mit den Wünschen Englands, den Kommandanten ihrer betreffenden Flotten in den türkischen Gewässern den Befehl gegeben, die stipulirten Verträge von 1841, 1856 und 1871 über die Benutzung der Meerenge zu respektieren." Zum ersten Mal, so fügt das genannte Blatt dieser ziemlich bedeutsamen Nachricht hinzu, finden wir in dieser offiziösen Mitteilung eine Erwähnung dessen, daß zwischen den Mächten Verhandlungen wegen des Meerengenvertrags stattgefunden haben. Wir haben unsererseits auf die eine Seite dieser Frage mehrfach hingewiesen, nämlich auf die Gefahr, welche den Christen am Marmarameer eventuell aus der strengen Aufrechterhaltung des Vertrages entstehen könnte. Indessen ist die andere Seite von nicht minderer Bedeutung: wie weit der Vertrag durch die politische Konstellation der Mächte etwa bedroht erscheint. Diese letzte Frage wird, falls die obige Nachricht sich bestätigt, vorläufig in friedlichem Sinne gelöst, und es darf damit ein nicht unerhebliches Hindernis des gegenseitigen Vertrauens beseitigt und vielleicht der Weg zu weiterer Verständigung eröffnet sein.

A m e r i k a .

Der "Reichsanzeiger" bringt folgendes Eingesandt aus Rio de Janeiro (Brasilien), 11. Mai. Das amtliche Blatt vom 9. d. M. enthält nachstehende Mittheilung aus dem Ackerbauministerium: "Dem General-Konsul in Hamburg ward geantwortet: Die Regierung nimmt die Anerbietungen bezüglich der Herüberkunft von 800 Einwanderern aus Brasilien an, welche sich in der Provinz von Rio Grande do Sul etablieren werden, und denen die Differenz des Passagiereises gut gethan (abonar*) werden soll." Hiermit ist die Differenz zwischen der Passage nach Nordamerika und der nach Brasilien gemeint. Es handelt sich hierbei voraussichtlich um die "Tausende von Auswanderern", auf welche sich der vor einiger Zeit hier veröffentlichte Brief der hamburgischen Firma Lobedanz u. Co. bezog, worin die letztere außerordentliche Leistungen ihrerseits für das laufende Jahr in Aussicht stellte. Viele Deutsche werden sich hoffentlich unter jenen 800 nicht befinden. — Unlängst ist hier selbst auch publiziert, daß dem brasilianischen Gesandten in St. Petersburg 8 Contos*** angewiesen worden sind, um die Überfahrt von Auswanderern zu bezahlen. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so würde die brasilianische Regierung die Verantwortlichkeit für das Schicksal der durch die Vermittelung eines ihrer diplomatischen Vertreter hierher beförderten Auswanderer wohl kaum ablehnen können. — Ein Kabelgramm aus Washington meldet, daß die Rückberufung deutscher Mitglieder der Ausstellungskommission in Philadelphia von der deutschen Reichsregierung beantragt sei, weil die betreffenden Herren nachweislich bestochen wären. — In Amerika ist eine Expedition eingerichtet worden, an welcher sich mehrere berühmte Polarforscher beteiligt haben. Während die "Tigress" vor einem Jahre die ungünstige "Polaris" aufsuchte, wurden in Cumberland

reiche Aldern von Graphit entdeckt. Nach der Rückkehr nach St. Johns miethete Lieutenant W. A. Miner, ein amerikanischer Marineingenieur, einen kleinen Damper, segelte zurück und setzte seine mineralogischen Forschungen fort. Er fand große Lager von Graphit und Glimmer, war aber wegen der vorgerückten Jahreszeit außer Stande, irgend etwas mitzunehmen. Jüngst ist der Schooner "Era" in New-London eingesetzt worden und er sollte am 5. d. unter Miner's Kommando und unter den Aufsichten der Regierung absegeln, um eine Ladung dieser Mineralien zu holen und weitere Sammlungen der arktischen Flora und Fauna für das Smithsonian'sche Institut vorzunehmen. Estimo Job, der mehrere Expeditionen unter Kapitän Hall mitmachte, sowie andere erfahrene arktische Reisende begleiten die Expedition. Die "Era" ist ein Schiff von 160 Tonnen Tragkraft, für den Küstenhandel erbaut, hat aber Wallschiffe nach den Polargegenden unter Kapitän George Tyson gemacht. Sie ist mit Bergbauwerkzeugen und Steinbrucharbeitern wohl versehen, und da die Lager einige Entfernung den Berg hinauf gelegen sind, nimmt sie Material für eine 300 Fuß lange Pferdebahn, um das Schiff leichter zu befahren, sowie eine Quantität Bauholz mit, um Hütten für die Arbeiter und für Beobachtungszwecke zu errichten.

Vom Landtag.

22. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 23. Juni. Am Ministerialen Dr. Friedenthal, Dr. Leonhardt, Graf Eulenburg, Geh. Rath Wöhlers. Vizepräsident v. Berndt eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen, u. A., daß v. Kleist-Retzow für den Rest der Session entschuldigt sei.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Gesetzentwurfes wegen Ergründung der Verordnung vom 13. Mai 1867, betreffend die Ablösung der Servituten, Gemeintheitsheilungen u. s. w. in Hessen. Die Kommission hat die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses 1) durch Streichung des Art. 1 zu § 11 der Verordnung, 2) durch Einfügung zweier Bestimmungen verändert, deren eine a. dem mit einer Holzberechtigung Belasteten das Recht erhebt, statt auf Ablösung der Servituten, auf die Fixierung derselben auf ein bestimmtes Holzdepot anzutragen; deren andere b. die kostenfreie Rücknahme der Provocation, soweit sie Maßgerechtigkeiten betrifft, binnen drei Monaten nach Erlass dieses Gesetzes zuläßt. Doch wird Art. 1. beibehalten, im Ueblichen das Gesetz nach den Kommissionsanträgen in bloc angenommen. Dasselbe geschieht mit den Gesetzentwürfen 1) betreffend die Ablösung der Reallasten im Regierungsbezirk Kassel; 3) betreffend die Verwaltung der Gemeindeholzungen in Preußen, Pommern, Westfalen, Schlesien, Sachsen, welchen letzteren nur "wegen der Zweifelhaftigkeit des jetzigen Zustandekommens des Kompetenzgesetzes", die Bestimmung des § 34 Abs. 3 und des § 38 des letzteren Gesetzentwurfes eingefügt wird, die gegen Verfügungen den Weg der Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht offen läßt.

Die Berathung der Städteordnung wird fortgesetzt. Nach § 75 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ist in den durch Gemeindebeschluss zu erledigenden Angelegenheiten auf Antrag des Magistrats oder der Stadtverordnetenversammlung eine gemeinschaftliche Sitzung beider Kollegien anzuberufen. Die Kommission, deren Berichtsteller Oberbürgermeister Hasselbach, in dieser Bestimmung die größte Gefahr einer Ueberempfindung des Magistrats erblickt, beantragt die Änderung dieses Paragraphen dahin, daß wenn nicht der Magistrat die gemeinsame Berathung beider Kollegien verlangt, auf Antrag der Stadtverordneten-Versammlung nur zur vorbereitenden Erörterung einzelner Angelegenheit nur gemischte Kommissionen zusammenentreten müßten. Der Reg.-Kommiss. Geh. Rath Wöhlers erklärt sich entchieden gegen diesen Antrag, dessen Ablehnung er für unerlässlich hält, um daß Einverständniß mit dem anderen Hause zu erhalten. v. Böß idichtet sich dem an. Dernach wird der Kommissions-Antrag angenommen.

Im § 87 hat die Kommission die Verpflichtung der Städte zur Anstellung von Militär-Invaliden für solche Stellen aufzugeben, die eine höhere oder eine eigenthümliche Geschäftsbildung erfordern. Regierungskommissar Oberstleutnant Blume sieht darin eine außerordentliche Schädigung der militärischen Interessen des Reichs, denen die bisherige Sicherung des künftigen Fortkommen der Soldaten unentbehrlich sei. Landrat v. Winterfeld kann dies nicht anerkennen, die Militär-Invaliden würden sehr häufig angestellt, ohne etwas zu verstehen, könnten manchmal nicht einmal recht schreiben, müßten in Folge mangelhafter Bildung entlassen werden, und seien damit für alle Zeiten als unfähig gestempelt, dies anzuheben sei also eine Forderung gerade ihres Interesses. Der Berichtsteller Oberbürgermeister Hasselbach fügt dieser Begründung hinzu, daß entschieden der Herrenhaus nichts ferner liegen könne, als den militärischen Interessen Abbruch zu thun, und § 87 wird angenommen.

Die §§ 116, 117 und 118 handeln von der Ausübung der Polizeiverwaltung. Die Kommission beantragt den § 116 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, nach welchem die örtliche Polizeiverwaltung, so weit sie nicht einer besonderen Staatsbehörde übertragen ist, von dem Magistrat geführt werden soll, zu streichen, und im § 118 die ersten Absätze der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses dahin umzudenken: "Im Ueblichen steht die Verwaltung der örtlichen Polizei dem Bürgermeister zu."

Bürgermeister Denhard (Stralsund) bittet das Haus dringend, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wenigstens in diesen Paragraphen wieder herzustellen.

v. Knebel-Döberitz: Die Einsetzung einer kollegialen Polizeiverwaltung, wie sie das Abgeordnetenhaus in diese Vorlage hineingebracht hat, wäre das Grabmal jeder Polizei im Lande. Das Haus hat durch Annahme der Kommissionsbeschlüsse dem Grundsatz die Sanktion zu geben: Autorität nicht Majorität!

Nachdem der Berichtsteller Oberbürgermeister Hasselbach gleichfalls die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in Bezug auf die Einsetzung der magistratischen, kollegialen Polizeiverwaltung für durchaus verwerfliche erklärt, wird § 116 gestrichen und § 118 in der Kommissionsfassung angenommen, während § 117 nach dem ersten Satz: "Der Magistrat beschließt innerhalb der Grenzen des Haushaltsetsatzes über die Organisation des städtischen Polizeidienstes und über die erforderlichen ortspolizeilichen Einrichtungen" folgenden von dem Oberbürgermeister Höhrech befragten Zusatz erhält: er beschließt mit der jeweiligen Maßgabe in allen Fällen, in denen durch polizeiliche Anordnungen eine Belastung der Stadtgemeinde herbeigeführt werden soll.

Alle übrigen Paragraphen des Gesetzes werden unverändert in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen. Die definitive Schlusstimming über das ganze Gesetz soll in der nächsten Sitzung stattfinden.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes, betreffend den Ausritt aus den jüdischen Synagogengemeinden. Das Gesetz wird in der Fassung der ersten Lesung angenommen; nur erhält die Bestimmung in Bezug auf die Mitbenutzung des Begräbnisplatzes in § 6 folgenden von dem Stadtrath Friedländer (Bromberg) beantragten Wortlaut: "Das Recht der Mitbenutzung des Begräbnisplatzes der Synagogengemeinde und die Pflicht der Theilnahme an den Lasten, welche der Synagogengemeinde aus dem Begräbnisplatz erwachsen, verbleiben dem Ausgetretenen so lange, als ihm nicht die Berechtigung zusteht, einen anderen Begräbnisplatz zu benutzen. Erworbbene Privatrechte an Begräbnisstellen werden durch den Austritt nicht berührt."

Zur Schlusserathung gelangt sodann der von dem Abgeordnetenhaus herübergekommene Gesetzentwurf, betreffend die Berechtigung für den höheren Verwaltungsdienst.

Referent Prof. Dernburg beantragt dem § 10, Absatz 1 des Gesetzes folgende Fassung zu geben: "Diejenigen Personen, welche

von einem Kreistage zur Besetzung eines erledigten Landratsamts vorgeschlagen, beziehungsweise präsentirt werden, sind auch dann für befähigt zur Bekleidung dieser Landratsstelle zu erachten, wenn sie die zweite juristische Prüfung abgelegt haben, oder wenn sie nach bestandener erster Prüfung bei den Gerichts- und Verwaltungsbehörden im Vorbereitungsdienst, oder wenn sie auch ohne die erste Prüfung abgelegt zu haben in Selbstverwaltungsgätern des Kommunal-, Kreis- und Provinzialdienstes zusammen mindestens 4 Jahre beschäftigt gewesen sind"; — im Ueblichen den vorangeführten Gesetzentwurf in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten anzunehmen. (Die genannte Fassung des § 10 entspricht wörtlich dem Abgeordnetenhaus mit geringer Majorität abgelehnt Amende ment L 8 wen ste in.)

Dagegen beantragt Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, in dem ersten Absatz des § 10 nach der Fassung Dernburg anstatt „4 Jahre“ zu setzen „2 Jahre“ und sodann den zweiten Absatz des § 10, „Alle andernweit bestehenden Beschränkungen in Bezug auf den Kreis der Personen, welche von einem Kreistage für die Besetzung eines erledigten Landratsamtes in Vorschlag gebracht werden können, sind aufgehoben“ zu streichen.

Der Minister des Inneren erklärt das Amende ment Dernburg für allenfalls akzeptabel. Freiherr von Alzhausen kann sich nicht enthalten der tiefen Missstimmung des Hauses darüber Ausdruck zu geben, daß die Regierung dem Herrenhaus in einer so unverantwortlichen Weise erst am Schluss der Session Beschäftigung gegeben habe, es dadurch anwinge, so tief in den Sommer hinein zu tagen und so wichtige Gesetzesfragen wie die vorliegenden in Hast und Erschöpfung zu erledigen. Aber jeder werde so behandelt, wie er es verdiene. Möge das Haus entschieden an seinen früheren Beschlüssen festhalten und wenn dadurch das Gesetz fällt, um so besser dann werde das Haus wenigstens davor sicher sein, im nächsten Jahre nicht in den Hundstagen beschäftigt zu werden. (Beifall.)

Minister des Inneren Graf zu Eulenburg kann dem Vorsitzenden versichern, daß die Regierung die üble Lage, in die das Herrenhaus durch den Gang der Gesetzgebung gerathen sei, lebhaft mit empfinde. Er könne zur Verhüting das feste Versprechen abgeben, daß in der nächsten Session ein derartiger Missstand nicht mehr vorkommen solle.

Bei der Abstimmung wird hierauf der erste Absatz des § 10 nach dem Antrage Dernburg angenommen, der zweite Absatz dagegen geht nicht ein und mit dieser Modifikation das Gesetz in der Fassung der Abgeordnetenhausbeschlüsse angenommen. Schluß 4% Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Schlußabstimmung über die Städteordnung, Rechnungsberichte und Kompetenzgesetz.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Nach dem zweiten Bericht der Matrosenkommission sind aus dem Herrenhaus geschieden: a. in Folge Ablebens: am 11. April d. J. Hans Graf v. Koenigsmarck-Plane, am 14. Juni d. J. Dr. Wilhelm Goede, Wirkl. Geh. Rath und Obertribunals-Vizepräsident a. D. b. wegen Verlustes derjenigen Eigenschaft, in welcher Präsentation und Berufung erfolgt war: Dr. Karl Weinhold, ord. Professor der philosophischen Fakultät zu Kiel berufen auf Präsentation der Universität Kiel in Folge Berufung und Ueberredung nach Breslau. In das Herrenhaus sind eingetreten als neue Mitglieder: den 15. Mai 1876 Gebhard Leberecht Fürst Blücher v. Wahlstatt, kath. auf Grund des ihm zufindenden erblichen Rechts; den 18. Mai d. J. Dr. Hermann Wiegell, Obergerichtsanwalt und Bizebürgermeister der Stadt Kassel, berufen auf Präsentation der Stadt Kassel; den 16. Juni d. J. Gustav Bödcher, erster Bürgermeister der Stadt Halberstadt, berufen auf Präsentation der Stadt Halberstadt. Für das Herrenhaus sind gegenwärtig Berechtigungen auf Sitzen und Stimme, die königlichen Prinzen ungerechnet, überhaupt 335. Davon ruhen zur Zeit 46. Es sind mithin wirkliche Mitglieder vorhanden 289. Davon sind bisher nicht eingetreten 10, mithin eingetreten 279.

Lokales und Provinzielles.

Posen 24. Juni.

Wie der "Schles. Volksztg." aus Frankfurt berichtet wird hat eine Anzahl von Mitgliedern der verwaisten Parochie Laache ein Petition um einen neuen Pfarrer unterzeichnet. Die ultramontanen Parochianen schlossen sich jedoch von dieser Petition aus; andere welche die Petition bereits unterzeichnet hatten, zogen ihre Unterschrift, wahrscheinlich in Folge ergangener "Belehrung" wieder zurück.

— **Polnische Auswanderer.** Die "Newyorker Handelszeitung" vom 27. Mai d. J. schreibt: "Auf dem Cunarddampfer "China", welcher in vergangener Woche in Boston eintraf, befanden sich acht aus 29 Personen bestehende polnische Familien aus Galizien, welche die Absicht gehabt, nach Brasilien auszuwandern. Sie behaupten, daß ihnen die hamburgischen Agenten der Cunardlinie, George Hirschmann u. Co., ihre gesammelte Baarschaft von 300 Gulden abgenommen und dafür Passagescheine nach Newyork via England gegeben, unter der Vorstellung, daß Newyork nur wenige Meilen von Rio de Janeiro entfernt sei. Die aller Mittel entblößten wurden von den Behörden an das biesige österreichische Konsulat dirigirt, welches jedoch der Ansicht war, daß der Fall unter Jurisdiction des österreichischen Konsulats in Boston gehöre. Die Armen wurden nach Boston zurück und im dortigen Armenhause vorläufig untergebracht. Die Agenten der Cunardlinie werden Kavution für Unterhalt der acht Familien stellen, oder sie nach Liverpool zurückbefördern. Falls sich die Aussagen der Polen über die falschen Vorstellungen der hamburgischen Firma G. Hirschmann u. Co. bestätigen sollten, werden die dortigen Behördenhoffentlich energisch gegen dieselbe vorgehen. Vorstehende Mittheilung mag auch als Illustration zu unseren Ausführungen (in Nr. 433) über die Auswanderung nach Brasilien dienen.

— **Der Verein posener Lehrer** hielt am vergangenen Freitag seine regelmäßige Versammlung ab. Vorher fand auch diesmal eine Sitzung des Vorstandes des Provinzial-Lehrervereins statt, in welcher folgende Punkte zur Berathung kamen: 1) Termin und Tagesordnung der Provinzial-Lehrervereinsversammlung zu Riga; 2) Fragen, betreffend die Vereinstätigkeit in unserer Provinz und das Vereinsorgan. 3) Thätigkeit des preuß. Landeslehrervereins, Anschluß an den deutschen Lehrerverein; 4) die mit der Provinzial-Lehrervereinsversammlung zu verbundende Lehrmittelauflistung für ein Unterrichtsgebiet. — Der Vorsteher, Nestor Dr. Kriebel, eröffnete die Versammlung und berichtete in eingehender Weise über die Verhandlungen auf dem ersten deutschen Lehrertage zu Erfurt. Insbesondere beleuchtete der Vorsteher die Thätigkeit des preuß. Landeslehrervereins und des deutschen Lehrervereins, sowie deren Stellung zu einander, und forderte zur Erreichung größerer Erfolge die unbedingte Vereinsvereinigung beider Körperschaften. — Die Versammlung beschloß, ein Sommerfest unter Beteiligung der Damen zu veranstalten, und zwar ist als Ort Schwerenz, als Tag der nächste Mittwoch in Aussicht genommen. Eine Kommission, bestehend aus den Herren: Baumhauer, Brandel, Groth, Kruza, Mau ist mit der weiteren Ausführung des Beschlusses betraut worden.

— **Der Sterbklassen-Menter-Bund für die Provinz Posen** hielt am 23. d. Mts. unter Vorsitz des Kreisgerichts-Sekretärs Koenig im Lamberti-Saal seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Verlesung des Verwaltungsschreits, dem wir folgendes entnehmen: 1) In Betr. der Statistik, sowie der finanziellen Verhältnisse des Vereins ist Folgendes zu bemerken: Der Bestand der Versicherungen Ende d. J. 1874 betrug 1400 Personen mit 700.350 M. Versicherungssumme; im Jahre 1875 sind beigetreten 103 neue Mitglieder mit 109.050 M. Versicherungssumme; dagegen

(Fort

sind ausgeschieden 35 Mitglieder mit 15,900 M. Versicherungssumme durch den Tod, 2 Mitglieder mit 900 M. freiwillig, 13 Mitglieder mit 13,050 Versicherungssumme durch Erklausur; es blieb somit Ende 1875 ein Bestand von 1453 Mitgliedern mit 779,550 M. Versicherungssumme, und zwar von 962 Mitgliedern männlichen Geschlechts mit 588,300 M., und 491 Mitgliedern weiblichen Geschlechts mit 191,250 M. Versicherungssumme. Das jüngste, mit Versicherten befreite Alter war das 19. Lebensjahr und zählte zwei Versicherte mit 1500 M. und 150 M.; das höchste Alter war das 83. Lebensjahr, und gehörte demselben ein Versicherter mit 300 M. an. Der pro 1875 erforderliche Reservefonds beträgt 108,918 M. Der Kassenbestand betrug am Ende d. J. 1875 unter Berücksichtigung des Kürres der Staatspapiere 14,052 M. mehr als der erforderliche Reservefonds; hiervom wurden 884 M. als Sicherheitsfonds für d. J. 1876 zur Deckung von über die rechnungsmäßige Erwartung hinausgehenden Ausgaben zurückgestellt, der Rest aber als Dividende mit 5667 M. an diejenigen Mitglieder gewährt, welche dem Verein bis zum Schluß d. J. 1866 beigetreten sind.

ihm ... wo länger als 9 Jahre angehören. Die Höhe der Dividende, des Reserves und des Sicherheitsfonds sind von dem Direktorium der bietigen Regierung nachgewiesen. — Von dem Rechte der Auszahlung des Anteils an dem Reservefonds haben Gebrauch gemacht und sind aus dem Vereine ausgeschieden 2 Mitglieder; eines derselben, welches dem Verein 31 Jahre angehört hatte, und dessen Versicherungssumme 600 M. betrug, erhielt aus dem Reservefonds 360 M.; das andere Mitglied mit 300 M. Versicherungssumme und häufiger Mitgliedschaft: 34 M. 50 Pf. Von den 35 verstorbenen Mitgliedern betrugen die Versicherungssummen 150 bis 1500 M.; zusammen 15,900 M. Sie waren im Alter von 25 bis 58 Jahren aufgenommen worden, und gestorben im Alter von 28 bis 80 Jahren. Der Final-Abschluß der Kasse Ende 1875 ergab folgendes Resultat:

Die 3. Einnahme incl. Effekten betrug 227,939 M. (davon 117,738 M. Bestand vom Vorjahr, 27,700 M. Beiträge, 5942 M. Zinsen, 40,100 M. angelauft Effekten, 36,100 M. Erlöss für Effekten); der Rest belief sich auf 104,403 M. Die Ausgabe incl. Effekten betrug 103,983 M. (davon 16,295 M. Versicherungssummen, 4501 M. Verwaltungskosten, 5488 M. Dividende (Netto) 37,013 M. verkauft Effekten, 39,788 M. zum Ankauf von Effekten). Der Bestand in baarem Gelde und Effekten betrug danach 123,956 M. 2) Über die Verwaltungs-Angelegenheiten: Die Geschäftsverwaltung des Vereins erfolgt durch die Direktions-Mitglieder Tischlermeister Bittmann, Steuer-Inspektor Faschin, Kreisgerichtssekretär Miller, Kreisgerichtssekretär Kniga, Regierungssekretär Winkler, Tischlermeister Feist, Landschafts-Kalkulator Borowicz. Von diesen scheiden am 1. Juli 1876 aus der Verwaltung statutenmäßig aus: Die Herren Bittmann, Winkler, Borowicz, sowie die 3 Stellvertreter: Maurermeister Fiebig, Gärtnert Krug und Töpfermeister Klichowski. Das Vereins-Kassenlotofal befindet sich St. Martin 60. Das Direktorium hat im Laufe des Jahres 12 Sitzungen abgehalten. Die statutenmäßigen Kassenrevisionen haben stattgefunden, und ist außerdem eine außerordentliche Revision der Kasse am 31. Dezember 1875 vorgenommen worden. Der Final-Abschluß pro 1875 ist von den Rechnungs-Revisoren revidirt und wurden denselben die vorhandenen Bestände nachgewiesen. Von dem Vereinsvermögen sind im v. J. 1875 an 49 Mitglieder ausgeliefert worden: 2250 M. hypothekarisch gegen pupillarische Sicherheit, 884 M. gegen Schuldcheine und Bürgschaft, 1856 M. gegen Schuldcheine ohne Bürgschaft. Durch die Agenten wurden dem Verein i. J. 1875 100 Mitglieder mit 107700 M. Versicherungssumme zugeführt, während nur 3 Mitglieder mit 1350 M. ihre Aufnahme selbst beantragt haben. — Nach Vorleistung dieses Verwaltungsberichtes erstattete der Konfessorial-Sekretär Borowek im Namen der Rechnungs-Revisions-Kommission Bericht über das Ergebnis der Revision der Rechnungen und wurde dem gemäß, nachdem die gezogenen Notaten seitens des Direktoriums bereits beantwortet waren, von der Versammlung dem Direktorium Decharge ertheilt. — Der Etat pro 1876 wurde in folgender Weise festgestellt: Einnahme 56018 M. (davon Beiträge 31447 M., Zinsen von Kapitalien 6250 M. Rüderstattungen 18113 M., insgemein 208 M.) Ausgabe gleichfalls 56018 M. (davon Versicherungssummen 15690 M., Verwaltungskosten 4702 M., Dividende 5488 M., insgemein 848 M., Zinsbar anzulegen 29290 M.). Dem Rendanten sollen für die Reinhchrift der Jahresrechnung auch ferner Kopialien gewährt, und dem Kontrollführer statt bisher 30 Thlr. pro 1876 45 Thlr. für Auffertigung der Zeitwerksberechnung und deren Reinhchrift bewilligt werden. — Es wurde hierauf zu den Wahlen geschritten. Die am 1. Juli ausscheidenden Vorstandsmitglieder: Tischlermeister Bittmann, Regierungssekretär Winkler, Landschafts-Kalkulator Borowicz, wurden wiedergewählt: ebenso die ausscheidenden Stellvertreter: Maurermeister Fiebig, Gärtnert Krug, Töpfermeister Klichowski; zu Rechnungs-Revisoren pro 1876 wurden gewählt: Regierungssekretär Kiehn, Konfessorial-Sekretär Borowek, Schornsteinfegermeister Teske. — Als fünfter Gegenstand befand sich auf der Tagesordnung die Änderung des § 27 des Vereinstatutes. Über diesen Gegenstand berichtete im Namen des Direktoriums der Kreisgerichts-Sekretär Miller. Danach beantragt das Direktorium, den § 27, welcher bestimmt, daß von dem Vereinsvermögen 20 Prct. theils in baarem Gelde, theils in kursfähigen, zinstragenden, inländischen Staats-, Provinzial-, Kreis- oder städtischen Papieren, 60 Prct. hypothekarisch gegen pupillarische Sicherheit untergebracht, und 20 Prct. zur Gewährung von verzinslichen Darlehen an Vereinsmitglieder gegen Sicherstellung und zur Bewilligung auf Ver sicherungsscheine verwendet werden sollen, dahin abzuändern, daß 10 Prct. in baarem Gelde und Papieren, 50 Prct. hypothekarisch gegen pupillarische Sicherheit, und 40 Prct. als verzinsliche Darlehn pp. untergebracht werden sollen. Dieser Antrag wurde von der Versammlung angenommen. Auch wurde beschlossen, daß die Abschlagszahlungen von den Mitgliedern nicht durch den Boten abgeholzt, sondern von ihnen an die Kasse selbst zu entrichten seien, während die Beiträge nach wie vor von den Boten abgeholt werden. Damit wurde die Versammlung, welche nach 7 Uhr Abends begonnen hatte, gegen 11 Uhr geschlossen.

In der katholischen Pfarrkirche wird gegenwärtig, wie bereits früher mitgetheilt, von dem Orgelbauer Laegast zu Weifels (Provinz Sachsen), welcher unter Anderem auch die berühmte Orgel in der Thomaskirche zu Leipzig gebaut hat, für 6000 Thlr. eine neue Orgel von ca. 35 Registern aufgestellt. Das Werk ist bereits so

weit gediehen, daß am vorigen Sonntage beim Gottesdienste auf der Orgel gespielt werden konnte, wiewohl noch viele Register fehlen. Im Ganzen erhält dieselbe 283 Pfeifen. Entsprechend dem gefüllten Innern der Pfarrkirche hat diese Orgel eine Fassade im schweren Barockstil erhalten.

r. Im erzbischöflichen Palais befand sich noch aus der Zeit des früheren Erzbischofs v. Brzyluski eine große stattliche Gipsbüste des Papstes Pius IX., welche dort im großen Saale auf einer Konsole an der Wand stand. Als man neulich den Saal, der sonst stets verschlossen gehalten wird, betrat, stellte sich heraus, daß die Büste zur Erde gestürzt und in Trümmer zerbrochen war. Man hätte hierin vielleicht den "Finger Gottes" erkennen können, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß die Ursache des Sturzes eine sehr natürliche war; daß eine Bankeisen, welches die Konsole hielt, hatte sich aus der Wand gelöst, so daß die Konsole eine schräge Lage annahm und dadurch die Büste herabfiel.

Personalien. Bei der Präparandenanstalt zu Meseritz ist der Lehrer Jenike von der Gymnasial-Vorschule zu Wongrowitz als erster Lehrer, und der Elementarlehrer Swat aus Wongrowitz als zweiter Lehrer angestellt worden.

Bierseidel-Märkte. Daß Ueberzieher und dergleichen aus Restaurantern eslamotiert werden, ist nicht neu; unerhört aber ist, daß Bierseidel ein masse verschwinden. Wie wir erfahren, hat der Inhaber der Restauration im Neuen Zirkus, Herr Mähl, aus einem hiesigen Geschäft für die Zirkus-Restauration nach und nach 64 Bierseidel entnehmen müssen, wovon demselben nur ein Bestand von 185 Stück verblieben ist, so daß 509 Seidel abhanden gekommen sind.

Standesamt der Stadt Posen. In der Woche vom 18. bis inkl. 24. Juni sind zu den Standesregistern angemeldet worden:

1) 45 Geburten (7 mehr als in vorhergehender Woche) und zwar 30 männliche und 15 weibliche, darunter 7 uneheliche, keine Zwillinge geburten.

2) 36 Sterbefälle (also 10 weniger als in voriger Woche). Die Zahl der Geborenen überragt daher die der Gestorbenen um 9. Von den Gestorbenen waren 19 männlich, 26 weiblich und befanden sich darunter 15 Kinder unter einem Jahre.

3) 7 Eheschließungen. Von diesen waren: 3 rein evangelisch, d. h. beide Theile evangelisch, 2 rein katholisch, 2 rein mosaisch. 10 der Geborenen stammen aus evangelischen, 28 aus katholischen, 3 aus mosaischen, 4 aus gemischten Ehen. Von den 36 Gestorbenen waren 12 evangelisch, 21 katholisch, 3 mosaisch.

r. Subhastation. Das zur Illus-Konkursmasse gehörige, ½ M. von Bojen am rechten Wartheufer, dem Eichwalde gegenüberliegende Vorwerk Klein Starolenta Nr. 2-3 nebst Ringofen-Ziegelei, gelangte heute im Wege der Subhastation zum Verkaufe. Als alleiniger Bieter war auf dem Gerichte der Professor Szafarkiewicz erschienen, welcher das Vorwerk nebst Ziegelei für 70,100 M. erstand. Bereits vor einem Jahre hatte ein Subhastationstermin angestanden doch erschien der damals erzielte Preis von 100,100 M. nicht annehmbar. Wie in der Anklageschrift gegen den Grafen Plater angegeben ist, hat die Ringofen-Ziegelei, welche i. J. 1864 angelegt wurde die erste Ringofen-Ziegelei in der Umgegend Posens), nebst Vorwerk dem Tellus 140,000 Thaler gl. 420,000 Mark gefestet, so daß also in der heutigen Subhastation nur der fechste Theil desjenigen Betrages erzielt worden ist, welchen Vorwerk und Ziegelei vor 12 Jahren absobirt haben! Mehrere Jahre hindurch war Professor Szafarkiewicz, früher bekanntlich Oberlehrer an der hiesigen städtischen Realsschule, Direktor der Ringofen-Ziegelei des Tellus. Der Ringofen enthält 12 Kammern a 8500 Steinen; an Baulichkeiten sind außerdem vorhanden: 2 massive Wohnhäuser, 1 Fabrikgebäude zu gläsernen Röhren, 6 gewölbte Töpfersößen, 7 Trocken-Schuppen mit Belag von 284,000 Stück, 285 Feldgerüste mit 1123,000 Stück Belag, 1360 Meter Pferde-Eiserndahn mit 18 Kipp-Waggons, 6 Thonpressen etc. Das Vorwerk hat außer Wohn- und Wirtschaftsgebäuden 45½ Hektaren Land, wovon ½ zum Ziegeleibetrieb benutzt wird, und ein an 100 Meter mächtiges, über 1000 Meter längs des Wartheufers sich hinziehendes Lager des besten Thons. In diesen Thonlagern besteht gerade jetzt der Werth der Ziegelei, da zum bevorstehenden Bau der detatchirten Forts bei Posen viele Millionen von Thonsteinen erforderlich sein werden.

in Lissa, 24. Juni. [Freisprechung.] Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde heut Mittag die Verhandlung gegen den Hauptsteueramts-Rendanten Altwasser, welche am Montag begonnen hatte, durch Freisprechung des Angeklagten beendet. Herr Altwasser war im Oktober 1873 seines Amtes enthoben worden, als sich bei einer Kassenrevision Defekte herausstellten. Nach einer langen Untersuchung von Seiten der Provinzialsteuerbehörde wurde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Die Voruntersuchung endigte erst vor einem halben Jahre und wurde damals Herr Altwasser in Haft genommen. Die Anklage gegen den unterdeß suspendirten Beamten lautete auf Unterschlagung und Urkunden- resp. Buchfälschung. Der langwierige Prozeß ebenso wie der Ausgang desselben haben begreiflicherweise großes Aufsehen erregt. Wahrscheinlich wird, wenn die Staatsanwaltschaft keine Nichtigkeitsbeschwerde erhebt, gegen den Freigesprochenen jetzt die Disziplinaruntersuchung eingeleitet werden.

— XX — Schrimm, 23. Juni. [Zur Verlegung des Bezirkskommandos.] Wie ich aus guter Quelle erfahre, ist von der beabsichtigten Verlegung des hiesigen Bezirkskommandos nach Jarotschin höhern Orts endgültig Abstand genommen worden, und wird der Bataillonsstab mithin hier verbleiben.

Gnesen, 22. Juni. [Messerheld. Kindesleiche.] Vor einigen Tagen wurde in hiesiger Gegend ein Gutsbesitzer von einem seiner Komorniks gefährlich mit einem stumpfen Messer, sogenannten Zydef, gestochen. Veranlassung hierzu war die Zurechtweisung des Komorniks durch den Besitzer wegen einer demselben der Wirthin zugefügten Misshandlung. Der herbeigerufene Distriktskommissarius resp. dessen Vertreter hat den Messerstecher, welcher übrigens schon im Buchthause war, verhaftet und dem königlichen Kreis-Gericht überliefert, wo derfelbe seiner gerechten Bestrafung harrt. — Anfangs dieses Monats wurde in dem See eines in der Nähe belegenen Dorfes die Leiche eines neugeborenen Kindes vorgefunden. Der Dorffhulze machte hiervom

die vorchriftsmäßige Anzeige und die Untersuchung ergab, daß seine eigene Tochter das Kind geboren und um's Leben gebracht. Dieselbe ist sofort verhaftet worden. (Brd. Btg.)

Schönlanke, 23. Juni. [Geschenk des Kaisers.] Der bietige Landwehrverein hat vom Kaiser eine Fahne erhalten. Die Einweihung derselben findet am 23. Juli statt und ist das Programm für diese Feier schon festgelegt. Der Vorstand des Provinzial-Landwehrvereins ist bereits eingeladen.

Wöchentlicher Produkten- und Börsenbericht.

□ Posen, 24. Juni.

Heutes, trockenes Wetter folgte dem Regen vergangener Woche und ist die Witterung der Vegetation in jeder Weise förderlich. Kein Wunder, wenn die günstigen Ernteausichten einen vollständigen Umschwung der Situation bewirken und so lebhaft sich das Geschäft in voriger Woche gestaltete, können wir für die letzten acht Tage nur das Gegenteil berichten. Sowohl für Weizen als Roggen wurden dringende Offerten gemacht und ist es bemerkenswert, daß gerade von letztem Artikel, von welchem bei steigender Preisrichtung nichts an dem Markt gebracht wurde, bei nachgebender Tendenz sich starke Angebote zeigten. Die Kauflust war aber sehr zurückhaltend und genügte selbst ein Preisabschlag von 9-12 Mark, (bei geringen Qualitäten noch mehr) nicht, um das Geschäft irgendwie zu beleben. Der Export war in dieser Woche äußerst klein und hat es den Anschein, als ob die Konsumenten bei der letzten Hausselkonzunktur sich über den Bedarf versorgt hätten und erst wieder von auswärts einer neuen Anregung bedürfen, um Kaufend an den Markt heran zu treten. Bis dahin wird sich das hiesige Platzlager, welches bis jetzt äußerst winzig war, vergrößern können, um bei frisch erwachender Kauflust eine größere Auswahl zu bieten.

Man zahlte für Weizen 186-219 Mark,

Roggen 162-180 "

In Spiritus bewegte sich während dieser Berichtsperiode das Geschäft in sehr engen Grenzen. Die Zufuhren waren ganz unbedeutend, das Lager wird schon in Angriff genommen, beträgt ca. 3 Millonen, auch läßt sich einige Nachfrage aus Süddeutschland konstatiren, jedoch alle diese Momente waren nicht im Stande, irgend welche Anregung zu bringen. Süddeutschlands Bedarf kann für uns keine große Bedeutung haben und ist durchaus nicht im Stande, zu höheren Preisen gegründete Veranlassung zu geben, da das Lager überall so groß ist, wie noch nie. Der Export nach dem Auslande ist durch die bedeutend billigeren Preise in Paris und Hamburg zur Unmöglichkeit geworden.

Die Spekulation hat sich dieses Artikels bemächtigt und können wir, wenn ungünstige Ernteausichten derselben zu Hilfe kommen, noch wesentlich in die Höhe gehen, nach augenblicklicher Geschäftslage liegt kein Grund zu einer Steigerung vor.

Juni 49,40,

Juli 49,70,

Aug. 50,30.

Vermischtes.

* **Herr Renz** ist am Freitag Vormittag 11½ Uhr auf der Bindungsbahn mit seiner Gesellschaft in Berlin angelkommen, rastete kurze Zeit und ist dann mit seiner Gesellschaft nach Hamburg weiter gereist. Heute (Sonntag) findet dort bereits die 1. Vorstellung statt. Renz und Salomonstv. werden sich also auch in Hamburg zu messen haben.

* **Lubschau** (Kr. Lublinz), 20. Juni. Am Sonntag Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr während des Gottesdienstes ist aus der Wohnung des katholischen Pfarrers hier selbst die Kirche entlaufen, welche in einem hölzernen Kasten unter dem Bett des Pfarrers aufbewahrt war, gestohlen worden. Der erbrochene Kasten wurde bald nach freiem Felde gefunden, dabei lagen die Hypotheken-Instrumente und verschiedene Rezesse. Es fehlten aber die Rentenbriefe und Pfandbriefe in Höhe von etwa 6000 M. Wie nun aus Benthe in D.-S. gemeldet wird, bot dort gestern früh gegen 4 Uhr auf dem Marktplatz ein Mann die gestohlenen Effeten zum Kauf an. Es stellte sich heraus, daß die Pfandbriefe außer Cours gesetzt waren. Der Verkäufer wurde unter irgend einem Vorwande in einen Stall gesperrt, bis der Polizei-Kommissarius hereinkam. Durch diesen wurden dem Mann, der entweder selbst der Dieb ist, oder welcher zum Kauf der Papiere gedungen war, die Wertpapiere abgenommen, der Mann selbst im sicheres Gewahrsam genommen. Noch am Vortag mache sich der Polizei-Kommissar auf den Weg nach Lubschau, um dem Pfarrer die betreffenden Wertpapiere zu übergeben.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 24. Juni. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Belgrad, daß dort alle Dispositionen getroffen seien für das Einrücken der gesamten Armee in die strategische Aufstellung, wenn es zum Brüche mit der Pforte kommt, was recht sehr wahrscheinlich, aber keineswegs schon unvermeidlich sei. Es dürfte die kriegerische Aktion jedoch kaum vor den ersten Julitagen beginnen, dagegen dürfte Fürst Milan am Anfang der nächsten Woche mit einer Proklamation, welche einem Kriegsmanifest gleichläuft, von der Hauptstadt Abschied nehmen und zur Armee nach Deligrad abreisen. Die in Ausführung gewesene Mission Christies nach Konstantinopel ist plötzlich sistirt worden.

Ihre allgemein als vorzüglich anerkannten

8-pferdigen Locomobilen

mit entsprechenden original-englischen Dampfdreschmaschinen von Ruston, Proctor & Comp., oder ohne dieselben, empfiehlt die Fabrik landwirtschaftl. Maschinen u. Geräthe

H. Cegielski zu Posen.

Unter Gehalts-Garantie empfehlen wir: Superphosphat aus Knochenkohle und Knochenasche, Baker- und Mejillones-Guano, Ammonia, Blut und Kali; Blutmehl, Chili-Salpeter, schwefelsaures Ammoniak, Knochenmehl gedämpft und aufgeschlossen.

G. Fritsch & Co.

Comptoir: Mühlenstraße Nr. 40.

Den Herren Brennereibesitzern

empfehlen wir uns zu Abschlüssen für die nächste Spiritus-Brenncampagne.

Posner Spritactiengesellschaft, Kleine Gerberstraße 2.

Berliner Flora-Loose
a 3 Mark (11 Loose 30 Mark) Ziehung Anfang definitiv: am 1. Juli 1876.
Hauptgewinn 30,000 Mark Werth versendet gegen baar (D. 2719.)
Carl Hahn, Berlin, S. Kommandantenstr. 30.

<p

Bitte.

Die ganz ungewöhnlich große Zahl der Staats- und Gemeindesteuerrüste veranlaßt uns zu der dringenden Bitte an unsere Bürgerschaft, sich im Interesse unserer Verwaltung mit der freiwilligen Entrichtung der Rüste zu beeilen und nicht erst die Zwangsvollstreckung abzuwarten.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Verdingung der Umdeitung eines Teiles des Ziegeldaches auf dem Artillerie-Pferdestall hierzulande, veranlagt auf 1070 M. 80 Pf., ist auf

Dienstag den 27. d. J.

Vormittags 10 Uhr, ein Submissions-Termin im Geschäftskontor der unterzeichneten Verwaltung — Wallstraße Nr. 1 — anberaumt, wobei auch die Bedingungen ausliegen und einzusehen sind.

Besiegte und heilig bezeichnete Oeffnungen sind bis dahin rechtzeitig abzugeben, da später eingehende und Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 21. Juni 1876.

Kgl. Garnison-Verwaltung.

Proclama.

Königliches Kreisgericht zu

Krotoschin,

Erste Abtheilung.

Krotoschin, am 21. Juni 1876,

Nachmittags 5 Uhr.

Über das Vermögen des Handelsmanns und Eischlermeisters Rudolph Gläsel jun. hier ist der Kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den

15. Juni d. J. Mittags 12 Uhr festgelegt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Massa ist der Kaufmann Morris Brinck hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 6. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Leo im Terminkammer Nr. 28 b. antraumten, Erneute ihre Erklärungen und Vorstellungen über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschulden etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrt haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolzen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

21. Juli d. J. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Massa Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer erwartigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Djenigen, welche an die Massa Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

21. Juli d. J. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Verfinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals auf den

18. August d. J., Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichts-Rath Leo zu erscheinen.

Endlich wird hiermit eine zweite Anmeldungsfrist bis zum 15. September d. J. bestimmt, und zur Prüfung der Forderungen, welche innerhalb der selben, nach Ablauf der ersten Frist angemeldet worden, ein zweiter Termin auf den

13. October d. J., Vormittags 10 Uhr,

anberaumt.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Djenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechts-Anwälte Arnold, Gaebel und Pötsch vorgeschlagen.

Bekanntmachung.

In den Dörfern Ober-Wilda und Jerzyce, in dem Hause der städtischen Gasanstalt und auf der Grabenstraße hierzulande hat sich ein Schäferhund, schwarz mit braunen Füßen, gezeigt, welcher, nachdem er einen Menschen, mehrere Hunde und eine Käge gebissen hatte, getötet wurde und nach der durch den Departements-Thierarzt Herrn Ritter vorgenommenen Untersuchung des Kadavers von der Tollwuth befallen gewesen ist.

Es wird daher auf Grund des § 50 des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 25. Juni pr. und des § 112 der Instruktion zur Ausführung der §§ 17—27 dieses Gesetzes vom 19. Mai cr. (Amtsblatt Nr. 25 Seite 251) hiermit Folgendes angeordnet, resp. bekannt gemacht:

In den zum Polizeibezirk der Stadt Posen gehörigen ländlichen Ortschaften, nämlich Jerzyce, Ober- und Unter-Wilda, St. Lazarus Bielowro und Berdychow sind sämmtliche Hunde mit Ausnahme der zum Ziehen benutzten und dabei fest angekirrten und mit einem schweren Maulkorb versehenen 3 Monate hindurch festzulegen, d. h. angefettet oder eingeflochten zu halten. Auf die Hunde in der Stadt Posen findet diese Beschränkung keine Anwendung, weil nach der Polizeiverordnung vom 1. Oktober 1860 in derselben das Tragen von Maulkörben für Hunde allgemein vorgeschrieben ist.

Wenn Hunde in den vorgenannten ländlichen Ortschaften frei umherlaufend betroffen werden, so verfällt der Eigentümer in eine Strafe bis zu 150 Mark oder Haft von 3 bis 6 Wochen, und sind außerdem die Abdecker angewiesen, solche Hunde aufzugreifen und sofort zu töten.

Für die Stadt Posen ist die strengste Anweisung gegeben, Hunde, welche keinen Maulkorb tragen, aufzugreifen und die Bestrafung der Eigentümer zu veranlassen.

Zugleich mache ich darauf aufmerksam, daß nach § 9 des Gesetzes vom 25. Juni v. J. die Besitzer von Hunden, bei denen die Tollwuth ausbricht oder auch nur dahin gehende verdächtige Erscheinungen zu Tage treten, sofort der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen haben. Die Unterlassung dieser Anzeige wird gemäß § 73 b. c. bestraft.

Nach § 106 der oben erwähnten Instruktion sind Hunde, bei welchen sich Zeichen der Tollwuth einstellen, oder welche der Tollwuth verdächtig sind, von dem Besitzer oder von demjenigen, unter dessen Aufsicht sie stehen, sofort zu töten oder bis zum polizeilichen Einschreiten in einem sicherem Behältnisse einzusperren.

Sind Menschen oder Thiere von einem der Tollwuth verdächtigen Hunde gebissen oder anderweit. mit denselben in solche Verbindung gekommen, daß der Verdacht der Ansteckung begründet ist, so ist der verdächtige Hund vor polizeilichem Einschreiten nicht zu töten, sondern abgesperrt zu halten, wenn solches ohne Gefahr geschehen kann.

Die Kadaver der gefallenen oder getöteten wuthkranken oder verdächtigen Thiere sind entweder auf chemischem Wege zu vernichten oder nach Verschneidung der Haut zu vergraben. Jede Ausnützung derselben ist verboten.

Eine Offnung des Kadavers darf nur von approbierten Thierärzten vorgenommen werden.

Die Ortspolizeibehörde hat den Ort zu bestimmen, an welchem die Beseitigung beziehentlich Vergrabung der Kadaver zu erfolgen hat.

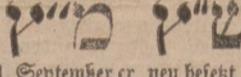
Lagerstoch, hölzerne Geräthschaften für Hunde und Hundehütten von Holz oder Stroh müssen verbrannt, Leinen müssen ausgeglichen werden.

Posen, den 24. Juni 1876.

Der Polizei-Präsident.

Staudy.

Bei der hiesigen Gemeinde soll die Stelle eines



Ritterguts-Verkauf.

Am 1. September er neu besetzt werden. Das jährliche Gesamteinkommen beträgt 1200 M. nebst freier Wohnung. Bewerber wollen sich baldigst melden. Reisekosten werden nicht erstattet. Neustadt a. W., 23. Juni 1876.

Der Korporations-Vorstand.



Die Jagd

auf dem Territorio Jerzyce soll am

19. Juli cr. Nachmittags 5 Uhr, im Schulzenamte zu Jerzyce meistbietend auf 3 Jahre verpachtet werden Bedingungen im Terme.

Der Gemeinde-Vorstand Czajka.

Hereditäte Auktion

Montag, den 26. d. und Dienstag, den 27. d. früh von 9 Uhr ab, werde ich Breitestr. Nr. 18

das zur B. Szlagowska-schen Konkursmasse gehörige Kurz-, Spielwaren- & Lager

gegen gleich hohe Bezahlung versteigern.

Zindler, Königl. Auktions-Commissar

Ein Landgut,

$\frac{1}{2}$ Meile von der schlesischen Grenze, $\frac{1}{2}$ Stunden von der Dels-Gnesener Eisenbahn, 250 Morg. Acker, in bester Kultur und gutem Weizenverhältnisse, ist aus freier Hand bald zu verkaufen.

Nähere Auskunft erhält der Gutsbesitzer Pächty im Bestwin bei

Mein seit 6 Jahren am hiesigen Platze bestehendes und mit nachweislich gutem Erfolge betriebenes

Panz- und Kurzwaren-Geschäft

bin ich geneigt, Veränderungshalber zu verkaufen und wollen sich Restkästen an mich wenden.

Henriette Abrahamsohn, Nakel.

Ein Gut

von 1600 Mrg., $\frac{1}{2}$ Meile von der Bahnstation Giesen, $\frac{2}{3}$ Weizenboden mit vollständ. Inventar und Ersatz, großem Torfstich, schönem Wohnhaus, großem Garten und Park, ist mit 60 Thlr. p. Mrg. fester Preis, bei 30 Mille Anzahlung zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Mühlen-Verkauf.

Eine Wassermühle an Stadt und Bahnh. mit aushalt. Wasserkraft, drei Gänge neuest. Konstrukt., gut. Baustand, 40 Mrg. Acker u. Wief, vollst. Inv. u. Ernte ist Mästlinverh. halber unter günst. Bed. zu verkaufen.

Näheres bei Carl Niedergesäß, Haynau in Schles.

Gegen ein nicht zu sehr ver-

schuldetes Gut will ich einige rentable Häuser verkaufen. Berlin O., Alte Schönhauser Straße 51.

Max Neuber.

Guter-Kauf- u. Pachtgeschäfte

vermittelt reell.

ISIDOR LICHT. POSEN.

Für Gutsländer.

Eine große Auswahl in der Provinz Posen günstig belegener Güter, jeder beliebigen Größe, weist zum preiswerten Ankaufe nach.

Gerson Jarecki,

Magazinstraße 15 in Posen.

Posen-Greuzburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Rechnungs-Uebersicht

über

die Geschäftslage am 31. Dezember 1875.

Einnahme.	Mark.	Pf.	Ausgabe.	Mark.	Pf.
Einzahlungen auf das Grundkapital von 36,000,000 Mark (excl. der noch bestehenden Reste)	35,826,330	—	Aufgewendete Baukosten incl. Bauzinsen auf die Einzahlungen des Aktien-Kapitals	35,736,330	—
Disconto und Darlehnszinsen	5227	62	Organisations- und Verwaltungskosten	168,968	29
Diverse Einnahmen	99,498	50	Vorlauß à Conto der General-Enterprise	101,398	52
Einnahme aus dem Betriebe während der Bauzeit	52,057	35			
Vorlauß zum Vortrag auf das Jahr 1876	23,583	34			
	36,006,696	81			

Posen, den 21. Juni 1876.

Der Aufsichtsrath.

Dr. Honigmann.

Uebersicht der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen

am 23. Juni 1876.

Attiva: Metallbestand M. 1,022,110; Reichs-Rässenscheine M. 770 Noten anderer Banken M. 496,600; Wechsel M. 4,707,330; Lombardforderungen M. 1,037,940; sonstige Attiva M. 510,040.

Passiva: Grund-Kapital M. 3,000,000, Reserve-Fonds M. 707,130; umlaufende Noten M. 2,651,500; sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 62,180; an eine Kündigungstrafe gebundene Verbindlichkeiten M. 1,205,900.

Weiter begebene, im Inlande zahlbare Wechsel M. 338,700.

Die Direktion.

Darlehen erhalten Beamte gegen ganz solide Zins. und Ratentruk. durch Schauder, Berlin, Alte Schönhauserstr. 32, Neuer Markt beleg.

Ein prakt. Arzt, der in der That sich den Kranken und nicht der Landwirtschaft widmet, wird dringend nach Pudowitz gewünscht.

Epilepsie (Fallsucht) heilt briefflich der Specialarzt Dr. Kiliisch, Neustadt Dresden Bereits über 8000 mit Erfolg behandelt —

Syphilis, sammelt. Geschlechtszustände und Frauenseiden werden durch Ulrich's größte und sicherste Kur Berlin, Dorotheenstraße 42, briefflich geheilt.

Ein Gut von 1. September er neu besetzt werden. Das jährliche Gesamteinkommen beträgt 1200 M. nebst freier Wohnung. Bewerber wollen sich baldigst melden. Reisekosten werden nicht erstattet. Neustadt a. W., 23. Juni 1876.

Ein Gut von 1. September er neu besetzt werden. Das jährliche Gesamteinkommen beträgt 1200 M. nebst freier Wohnung. Bewerber wollen sich baldigst melden. Reisekosten werden nicht erstattet. Neustadt a. W., 23. Juni 1876.

Damen

Syphilis, Geschl.- u. Hantkrankh. Schwächezust. (Pollut.) heilt mit sicherer Erfolge auch brieflich. Dr. Holzmann, Kl. Gerberstr. 6pt.

Ein Landgut bestehend aus 453 Morgen gutem Gersten- und Weizenboden, worunter 75 Morgen zweischneidige Wiesen und guter Dörfstich, Wohn- und Wirtschaftsgebäude im guten Zustand, ersteres im Jahre 1872 neu gebaut, 1½ Meilen vom Bahnhofe und bis dort Chaussee, ist mit vollständigem Inventarium und Ackergerätschaften wegen Familienverhältnissen gegen geringe Anzahlung und billigen Preis zu verkaufen.

Nähres zu erfahren bei J. Meyer in Trennen und dem Grundbesitzer Mr. Neiter zu Rentkowen bei Orlow.

Reiche, elegant gestaltete Schweizer Mull- und Züll-Gardinen, sowie brochirte Mull- und Zwirn-Gardinen empfiehlt in größter Auswahl

Leopold Basch
57. Markt 57.

Mineralbrunnen
treffen jede Woche frisch ein in
Elsner's Apotheke.

Gebirgs-Himbeer Saft
von vorzüglicher Qualität empfiehlt in
Fl. a 1 Mark und pfundweise
J. Dagielstr. Markt 41.

Himbeer-Limonaden-Syrup
in ganz vorzüglich aromareicher Waare
empfiehlt per 100 Pfund 54 Mark, p.
Liter 1 Mark 50 Pf.

Carl Borndt,
vormals Ed. Heyser
(H. 33022) Leipzig.

Für Restaurants, für den
Haushalt, sowie für Kranken
empfiehlt sich die Anwendung der aus
frischen Citronen bereiteten

Citronen-Essenz
als Ersatz der Früchte. Billiger als
die letzteren und bequemer im Gebrauch,
ist sie unverändert haltbar. Preis pro
Fl. (20 Früchten entspr.) Mr. 1 in
Elsner's Apotheke.

Vorzügliches Gräzerbier,
sowie Aktienlagerbier
und andere Sorten Bier, pro Flasche
excl. Glas 10 Pf., liefert franco in's
Haus
das Bier-Depot Berlinerstraße 7.

WV Hammelsteisch,
echt berliner Kalbsfett, zu soliden Preisen
empfiehlt die Fleischwarenhandlung von
A. Krojanek.

Ein Laden mit Repositorien für ein
Kolonialwaren-Geschäft, eine an-
stehende möblierte Weinstraße, Kellern,
Remise, Speicher etc., in der lebhaftesten
Straße belegen, sowie eine Wohnung
aus 3 Stuben und Küche bestehend,
find sofort zu vermieten. Nähres
Gnezen postlagernd Litt. F. X. D.

Ein f. möbl. 2zenstr. Zimmer zu
verm. St. Adalbert 48, 1 Stock Unts.
Ein zweifenzstr. Zimmer, parterre,
vom 1. Juli zu verm. Halbdorfstr. 5.

Schützenstr. 21
zum 1. Oktober cr. zu vermieten:
1. Wohnungen von 2—11
Stuben;
2. Pferdestall und Remise.

1 möbl. Zimmer St. Martin 67,
1 Et. zu verm. für 1 auch 2 Herren.

Ein gut möbliertes Zimmer nebst
Schlafkabinett und Entrée ist zu ver-
mieten Halbdorfstr. 16, in der
2. Etage.

Büttelstraße 11
eine Wohn. im 1. Stock, bestehend aus
3 Zimmern, Küche und Korridor, ist
vom 1. Oktober zu verm.

Eine Wohnung von 7 bis
8 Zimmern mit Erker und
Balcon ist sofort zu vermieten. Nähres
Bismarckstr. Nr. 6, 1 Tr.

Schützenstr. 21
großes Kellerlokal (zu einer
Restauration geeignet) zu
vermieten.

Dominikanerstr. 3, 1. Et. rechts,
2 elegante Zimmer, gegenwärtig Com-
pakt, per 1. Oktober c. zu vermieten.

Breslauerstraße ist vom 1. Oktober
eine größere Wohnung zu verm.
Näh. Schützenstr. Nr. 2.



**Schleswig-Holsteinische
Landes-Industrie-Lotterie,**
zum Besten
Hilfsbedürftiger Schleswig-Hol-
steinischer Invaliden und unbe-
mittelbarer Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der fünften Classe am 14. Juni 1876.

Haupt-Gewinne der fünften Classe:

1 Mobilier von Nussholz mit Schnitzwerk, nämlich: 1 Pianoforte, 1 Pianoforteböck, 1 Sofatisch, 1 Notenschrank, 2 Sessels, 1 Teppich. 1 Mobilier von Nussholz, zu einem Schlafzimmer mit Schnitzwerk, nämlich: 1 Garderobenschrank, 1 Vorlese mit Spiegelauflauf, 1 gepolsterter Sessel, 2 Bettstühlen mit Sprungfedern, Krollhaarmatratzen, Fuß und Rissen, 2 Nachtkränke, 2 Rohrsessel, 2 Kommoden, 2 Bettvorleger. 1 Mobilier von Nussholz, nämlich: 1 Sophia mit Velourbezug, 6 Stühle, 1 Sophatisch, 1 Sophateppich. 1 Palissander-Pianoforte, aufrechtstehend. 1 Pianoforteböck. 1 Palissander-Pianoforte, 1 Pianoforteböck. 1 Mobilier von Mahagoni, nämlich: 1 Sophatisch, 6 Stühle mit Satinbezug, 1 Sophia do. 1 Schreibsekretär von Mahagoni. 12 silberne (Gehalt 750 Gr.) Tassen in Etw. 12 silberne (Gehalt 750 Gr.) Tassen in Etw. 1 Lehnsessel von Eichenholz, mit Schnitzwerk und Seidenkotainebezug. 1 goldene (14 karatige) Herren-Aureole-Uhr, am Knope aufzuziehen. 1 Stück (ca. 88 Cm. breites) Hausmacherlein 1 Regulator miniature mit Schlagwerk und Federzug. 12 Stück Silber vergolddete Kaffeeschüssel in Etw. 1 Satz Damast Gedeck, ca. 100/150 × 320/350 mit 12 Servietten. 1 Sophateppich. 1 Kaminstuhl von Eichenholz mit Schnitzwerk. 1 Serviettisch von Eichenholz mit Schnitzwerk. 1 Reise-necessaire. 1 Perspektiv mit 12 Gläsern. 2 silberne Tassen.

Kaufloose à 9 Mark sind in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Preuß. Original-Loose

1. Klasse 154. Pr. Lotterie = ½ 84 M. (für alle 4 Klassen 150 M.), ½ 42 M. (für alle 4 Kl. 75 M.) versendet gegen Einsendung des Betrages Carl Hahn, Berlin S. Kommandantenstraße 30. (D. 2449)

Berliner Flora-Lotterie.

Mit Genehmigung Sr. Exzellenz des Herrn Ministers des Innern und unter Aufsicht der Königl. Staats-Regierung, concessionirt für die ganze Monarchie.

Jedes Loos gewinnt.

Ziehung am 1. Juli d. J.

Hauptgewinne im Werthe von je 30,000, 15,000, 10,000, 6000, 5 a 3000, 10 a 1500 Mark.

27315 Gewinne im Werthe von je 6000 bis 3 M.

Die übrigen Looses berechtigen zum einmaligen Eintritt in das "Flora"-Etablissement bis 6 Monat nach der Ziehung.

Die Gewinne bestehen in massiv silbernen Tafel-Servicen, mit Blumen-Garnitur, completer Equipage, reich geschnittenen ganzen Mobiliaren in Renaissance- und gotischen Styl, großen Concertflügeln, Stuhlfügeln, Harmonium, goldenen Uhren, Gartengeräthen in großem Styl und kleineren dergl., Aquarien, Terrarien, Lebendwaren z. z. z.

Loose à 3 Mark sind in der Exped. d. Posener Zeitung zu haben. Bei Entnahme von 10 Loosen ein Freilos.

Homöopathische Medicamente

im Einzelnen und in Collectionen für den Arzt, die Familie, zur Reise und für Thiere verleihend umgehend auf Order zu den Preisen unserer neuen Läden. Dresden. C. GRUNER's homöopathische Offizin.

Gusseiserne Fenster
in mehr als 1000 Mustern
liefern billigst

H. Klug,
Breslauerstraße 38.

Fischerei Nr. 3

find Mittwohnungen von drei Zimmern, Küche mit Wasserleitung und Nebengelaß zu vermieten.

Gr. Gerberstr. 2

ist in der 3. Etage eine elegante Wohn-
ung, aus 4 Piecen und Nebengelaß
bestehend, nebst Pferdestall für zwei
Pferde, und

Gr. Gerberstr. 3

eine Wohnung, welche sich zur Tischler-
werkstatt eignet, vom 1. Oktober ab zu
vermieten. Nähres Gerberstr. Nr. 6, 1 Tr.

S. Rosenberg.

Lindenstr. Nr. 4B

ist die erste Etage,
bestehend aus 7 Zimmern inkl. Saal
nebst Zubehör mit oder ohne Pferde-
stall vom 1. Oktober ab zu verm.

Wohnungen, die jetzt od. später zur
Vermietung kommen, bitten schneidig
im Wohnungs-Nachweis-Bureau, Bis-
marckstr. 1 niederzulegen.

Breslauerstraße ist vom 1. Oktober
eine größere Wohnung zu verm.
Näh. Schützenstr. Nr. 2.

**Das Wohnungs-Nach-
weiss-Büro**

Bismarckstraße Nr. 1
hat stets herrschaftliche u. kleinere Wohn-
ungen, sowie möblierte und unmöblierte
Stuben nachzuweisen

Im oberen Stadtteil wird pr.
1. Oktober c. eine Wohnung von 3
Zimmern und Zubehör im 1. Stock oder
Hochparterre gesucht Öff. unter A. in
der Exped. d. Pos. Btg. erbeten.

Per 1. Juli oder August wird eine
Wohnung bestehend aus 3 Zimmern,
Küche und Nebengelaß, Pferdestall und
Wagenremise zu mieten gesucht. Wo?
Zum m. Bismarckstr. Nr. 1, 2 Tr.
links.

Versehungshalber ist St. Martin
Nr. 55 im 2. Stock eine Wohnung von 4
Zimmern, Küche z. zum 1. Juli
d. J. zu vermieten.

Ein möbl. Zimmer ist St. Martin
Nr. 14, 3 Tr. rechts, zu vermieten.

I. Etage eine Wohnung von 4 zweifenz-
zimmern. Küche z. zum 1. Juli
d. J. zu vermieten.

St. Adalbert Nr. 1 im 1. Stock ist
ein möbliertes Zimmer zu vermieten.

Bronkerstr. 19 sind Wohnungen,
Nr. 20 ein Laden u. Kl. Gerberstr. 8
Wohn. von 85—330 Thl. pr. 1. Okto. c.
zu verm. Näheres beim Wirth Kl.
Gerberstr. 8.

Junge Leute finden Logis mit oder
ohne Kost Dominikanerstr. 3, I. Tr. I.

Schützenstr. 20
Parterre-Wohnung von 4 u. 5 Zimmern
vom 1. October c. zu vermieten.

Halbdorfstraße 17a
find 2 möblierte Zimmer I. Etage so
fort zu vermieten

Möbl. Zimmer zu vermieten St.
Martin 11, 3. Etage.

Mühlenstraße 37
Wohnung von 4 Zimmern u. Neben-
gelaß in der 1. Etage vom 1. Okto. c.
zu vermieten.

Wohnungen,
bestehend aus vier Zimmern
und einer Küche, — zugleich,
sechs einzelne Zimmer und 2
Pferdeställe sind sofort zu
vermieten im

**Grand Hotel de
France.**

bestehend aus vier Zimmern
und einer Küche, — zugleich,
sechs einzelne Zimmer und 2
Pferdeställe sind sofort zu
vermieten im

Ein Forstbeamter
58 Jahr alt, verheir. kinderlos, in allen
Zweigen der Forstwissenschaft erfahrene,
prakt. u. theor. gebild., im Correspondenz-
u. Rechnungsweisen firm., welcher mehr
Zahre groß. Dampfflöne-mühlen, sow-
wie Holzgespinnst-Mühlen selbstständig
verwaltet, sucht gestützt auf vorzügl. Re-
ferenzen Stellung als Forstverwalter,
Schneidemühlen-Verwalter, Rentmeister
oder dgl. Öff. erb. unt. N. N. Germania
an das Central-Annoncen-Bureau,
Breslau, Carlostraße 1.

Brennerei.

Ein möbl. Zimmer zum 1. Juli zu
verm. Bronkerstr. 10, 2 Tr. nach vorne.

Ein möbl. Zimmer mit Kabinet ist
Friedrichstr. 22 part. zu verm.

Ein möbl. 2zenstr. Zimmer zu
vermieten Wilhelmstr. 7, 3. Etage.

Zum Sommeraufenthalt
auf dem Lande offeriert billigst 4 schöne
freundl. Zimmer m. Küche u. Bedien.,
eigeln auch z. abz. abz. im Garten
gelegen an frequ. Chaussee, vis-à-vis
Park u. Bielefeld, 1 Stunde v. Bad
Liebenau. **K. I. Kunzendorf** bei
Landes in Schles.

Das Vermittelungs-Bureau
jeder Branche befindet sich Bismarck-
straße 1 im Central-Bureau.

Ein evangelischer Hauslehrer, wenn
möglich musikalisch, findet jogleich auf
dem Lande Stellung bei Knaben im
Alter von 10 und 12 Jahren. Adressen
mit Abdr. der Zeugnisse einzufinden
an die Exped. d. Btg. unter R. F.

Zum 1. Juli wird eine

Kindergärtnerin
auf Land gesucht. Adressen in der
Expedition dieser Zeitung unter B.
G. abzugeben.

Einen Wirthschaftsleben
aus anständiger Familie sucht zum
sofortigen Antritt das Dominiuum
Kicin bei Posen.

Zur selbstständigen Bewirthschaft-
ung eines Guts von ca. 1000 Mor-
gen wird ein nüchtern, thätiger
und solider

Deconom,
der polnischen Sprache mächtig, per
1. Juli oder 1. Oktober c. gefügt. Ge-
halt 540—600 Mark. Meldungen
unter Chiſſe A. B. Exped. d.
Zeitung erbeten.

Mehr tückige
**Rod- und Hosen-
Arbeiter**

finden sofort dauernde Beschäf-
tigung bei

C. Ehler,
im Mylius' Hôtel.

Eine Behringsschule in einem
Colonialwaren- und Destillations-
Geschäfte weist nach

J. Mondré,
Posen, Wallischei Nr. 39.

Einen Lehrling
zum sofortigen Antritt verlangt

D. Goldberg.

Eine Fabrik sucht einen
Verwalter,

der zugleich Kassirer sein soll; eine
Kaufl. von 1500 Thlr. wird ver-
langt. Näheres unter A. B. B.

Ein Maschinist,
welcher mit Lokomobile bereits gedro-
chen, über seine Brauchbarkeit und
Führung gute Abteile besitzt, wird
gesucht.

Carl Brandt,
Königsstr. 17.

Eine Verkäuferin für ein Fleisch-
warengeschäft, mosaischer Konfession,
findet Stellung bei

A. Krojanek, Breitestr. 18.

Für 1 bedeut. Breslauer
Manufaktur-Engros-Gesch